

## Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU-Integration  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale  
Politik und Sicherheit



*Daniela Schwarzer, Nicolas Joncheray*

# Debatten, Kalküle und Programme im Präsidenten- schaftswahlkampf 2007

Weichenstellungen für Frankreichs künftige Politik?

Diskussionspapiere sind  
Arbeiten im Feld der  
Forschungsgruppe, die nicht als  
SWP-Papiere herausgegeben  
werden. Dabei kann es sich um  
Vorstudien zu späteren SWP-  
Arbeiten handeln oder um  
Arbeiten, die woanders  
veröffentlicht werden. Kritische  
Kommentare sind in jedem Fall  
willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)

**Diskussionspapier der FG 1, 2007/ 02, April 2007  
SWP Berlin**

|  |    |
|--|----|
| Einleitung – Personen, Positionen...Programme? .....   | 3  |
| <i>Die Bewertung von Programmen und Wahlkampfaussagen</i> .....                                  | 4  |
| <i>Unsicherheiten über die spätere Implementierung</i> .....                                     | 5  |
| I. Wirtschaftspolitik: vergleichbare Analysen, konträre Antworten .....                          | 9  |
| <i>Nachfrage oder Angebot – unterschiedliche Ansätze der Arbeitsmarktpolitik</i> .....           | 9  |
| <i>Das Steuersystem: Kern der rechts-links Auseinandersetzung</i> .....                          | 11 |
| <i>François Bayrou, mangelnde Kohärenz in der Wirtschaftspolitik?</i> .....                      | 13 |
| <i>Einbindung der Gewerkschaften in Reformvorhaben</i> .....                                     | 13 |
| II. Immigration und Nationale Identität - ein Allparteienthema .....                             | 15 |
| <i>Abgrenzende Identitätsdiskussion</i> .....  | 15 |
| <i>Immigration als Thema in den Wahlprogrammen</i> .....   | 19 |
| III. Europapolitik in den französischen Wahlen.....  | 20 |
| <i>Die Zukunft des Verfassungsvertrages</i> .....  | 20 |
| <i>Europapolitik in den Programmen</i> .....   | 22 |
| <i>Die Debatte um die nationale Identität auch europapolitisch potentiell katastrophal</i> ..... | 24 |
| IV. Wie ernst ist das Projekt der VI. Republik zu nehmen?.....                                   | 25 |
| <i>Leiden alle französischen Politiker unter dem Iznogoud Syndrom?</i> .....                     | 25 |
| <i>Verfassungstext vs. Verfassungspraxis</i> .....   | 25 |
| <i>Vorschläge einer neuen Generation</i> .....   | 27 |
| <i>Keine maßgeblicher Umbruch zu erwarten</i> .....  | 29 |
| V. Portraits der Kandidaten.....   | 31 |
| <i>Ségolène Royal, Kandidatin der Parti Socialiste</i> .....                                     | 31 |
| <i>Nicolas Sarkozy, Kandidat der Union pour un Mouvement Populaire</i> .....                     | 33 |
| <i>Jean-Marie Le Pen, Kandidat des Front National</i> .....                                      | 35 |
| <i>François Bayrou, Kandidat der Union pour la Démocratie Française (UDF)</i> .....              | 36 |
| Annex : Kurzfassung der Programme.....   | 39 |
| Wirtschaftspolitik.....  | 39 |
| Europapolitik .....  | 42 |
| Reform der Institutionen .....   | 44 |
| Einwanderung.....  | 46 |

## Einleitung – Personen, Positionen...Programme?

Der französische Wahlkampf 2007 um das höchste Staatsamt ist im besonderen Maße von der Personalisierung der Kampagnenstrategien und der inhaltlichen Sprunghaftigkeit der Kandidaten gekennzeichnet. In Reaktion auf die fast täglich erscheinenden Umfragen testen die Kandidaten und ihnen nahe stehende Politiker neue Ideen, springen auf Themen der Konkurrenten auf, und versuchen diese durch Zuspitzung und Radikalisierung in den Positionen zu übertreffen. Die Bedeutung umfassender Partei- oder zumindest Präsidentschaftswahlprogramme ist deutlich in den Hintergrund getreten – obgleich die französische Präsidentschaftswahl der Höhepunkt des französischen politischen Lebens ist, seitdem Charles de Gaulle 1962 die Direktwahl einführte.

Ziel dieser grundlegenden Verfassungsänderung war es, die Macht der Parteien im politischen System zu reduzieren. Das Misstrauen gegenüber den Parteien erklärte sich aus den politischen Instabilitäten der IV. Republik und durch de Gaulles Vorstellung, dass der Präsident über parteipolitischen Überlegungen stehen sollte, indem er direkt vom Volke gewählt wird, und durch diese direkte Legitimation eine stärkere Position im politischen System wahrnehmen kann. De Gaulle etwa nutzte sein Ansehen, um so genannte *domaines réservés* abzustecken – also Politikfelder, auf die er sich einen besonderen Zugriff reservierte,<sup>1</sup> auch wenn dies nicht ausdrücklich in der Verfassung vorgesehen war.

Aufgrund dieser Machtfülle – und der Tatsache, dass die Kandidaten im Falle eines Wahlsiegs wenn auch nicht *de jure*, zumindest *de facto* die bestimmende Person in ihren jeweiligen Parteien sind oder würden – wird der Präsidentschaftswahlkampf als politikbestimmend für die nächsten fünf Jahren angesehen. Dass auf die Präsidentschaftswahl die Parlamentswahlen folgen, spielt nur eine geringe Rolle, da diese als Ratifizierungswahlen<sup>2</sup> gelten, unter anderem aufgrund der breiten Ablehnung einer Cohabitation in der französischen

---

<sup>1</sup> Mit *domaine réservé* wird in Frankreich die Außenpolitik und die Verteidigungspolitik gemeint, die von dem Präsidenten bestimmt werden, und für ihn somit „reserviert“ sind. Die Akzeptanz dieser Entwicklung ist so gross, dass es selbst während einer „cohabitation“ (wenn die Regierungsmehrheit die politische Partei des Präsidenten nicht beinhaltet) wenig denkbar wäre diese Situation zu ändern.

<sup>2</sup> Perrineau Pascal (2002) „Les législatives ont obéi à une logique de ratification“, TNS-Sofres, [http://www.tns-sofres.com/etudes/dossiers/legi2002/itv\\_perrineau.htm](http://www.tns-sofres.com/etudes/dossiers/legi2002/itv_perrineau.htm).

Bevölkerung<sup>3</sup>. Aus dem Wahlkampf die politische Agenda der nächsten Jahre herauszulesen, bleibt dennoch ein schwieriges Unterfangen.

### *Die Bewertung von Programmen und Wahlkampfaussagen*

Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 wurde den beiden führenden Regierungsparteien (damals Rassemblement Pour la République<sup>4</sup>, RPR, und Parti Socialiste, PS) vorgeworfen, dass ihre Programme fast identisch seien, weil sie lediglich auf Meinungsumfragen reagierten, und dabei traditionelle Parteipositionen und ideologische Trennlinien in den Hintergrund treten ließen. Dieser Vorwurf ist im Wahlkampf 2007 bisher kaum präsent. Dennoch ist die Bewertung der Programme schon allein deshalb schwierig, weil die Identifikation der Programme an sich schwierig ist: Ihre Grenzen sind unklar, programmatische Ideen der Parteien werden ergänzt durch „Ideen“ der Kandidaten, die diese in Reden oder Interviews lancieren. Ein Kandidat steht also nicht automatisch für die Positionen seiner Partei: Ségolène Royal etwa hat neben dem PS-Programm ihr eigenes Programm entwickelt. Um die Positionen der Kandidaten zu bewerten und Schlussfolgerungen für die spätere Politik zu ziehen, müssen daher alle „programmatischen Äußerungen“ einbezogen werden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Grossteil der Stellungnahmen und Ankündigungen durch die unmittelbare Aktualität und durch die Äußerungen der anderen Kandidaten bestimmt ist. Viele punktuelle Äußerungen dienen den Kandidaten dazu, einen „breiteren Platz“ zu besetzen, um Wähler anderer Parteien und unentschiedene Wähler<sup>5</sup> durch Einzelvorschläge an sich zu ziehen. Ein Beispiel für diese Taktik ist der Vorschlag Royals, Erziehungsstrukturen für straffällige Jugendliche unter Leitung der Armee einzurichten. Diese Idee weicht sehr stark von der bisherigen Linie der PS ab und greift einen Vorschlag auf, der üblicherweise als rechtsorientierte Position von den Wählern identifiziert wird.

Diese Technik aus dem amerikanischen politischen Leben wird als „Triangulierungsversuch“<sup>6</sup> bezeichnet: Ein Kandidat eignet sich ein Wahlkampfthema der Opposition an, bietet aber eine andere Lesart eines Problems

---

<sup>3</sup> 61% der befragten Wähler im Jahr 2002, Ifop [www.ifop.com/europe/sondages/opinionf/electleg.asp](http://www.ifop.com/europe/sondages/opinionf/electleg.asp)

<sup>4</sup> Sammlungsbewegung für die Republik.

<sup>5</sup> Laut einer CSA-Umfrage in Le Parisien vom 08.04.2007 veröffentlicht wurde, war an diesem Datum noch 42% der Wähler unentschieden.

<sup>6</sup> Schweisguth Etienne (2007) „Quelle gauche et quelle droite pour la campagne 2007 ?“ [http://www.cevipof.msh-paris.fr/bpf/analyses/ShweisguthE\\_droite-gauche.pdf](http://www.cevipof.msh-paris.fr/bpf/analyses/ShweisguthE_droite-gauche.pdf).

und eine andere Lösung dafür an. Das Problem dabei ist, dass ein Thema dadurch legitimiert wird, dass andere Kandidaten es aufgreifen – und mit ihm die Lesart der konkurrierenden Partei und die damit verbundenen Lösungsvorschläge. Ein Beispiel hierfür ist die Debatte um das Unsicherheitsgefühl in der Kampagne 2002. Das Thema war traditionell mit den Rechten und vor allem den Rechtsextremen assoziiert. Die PS befasste sich erst sehr spät mit diesem Problem, und galt aus der Sicht vieler Wähler in diesem Bereich als nicht glaubwürdig. Die PS hat somit die RPR und noch mehr den Front National ungewollt mit dieser Debatte gestärkt, ohne selbst punkten zu können. Die Aussage Le Pens über die innere Sicherheit in der letzten Präsidentschaftswahl „zwischen die Kopie und das Original, bevorzugt man das Original“ war somit besonders zutreffend - und hat seine Bedeutung auch im Wahlkampf 2007 etwa zum Thema nationale Identität.

Jede Äußerung der Kandidaten, die vom Programm abweicht, muss dahingehend analysiert werden, ob sie nur dazu dient, ein Thema oder ein Ereignis den anderen Kandidaten nicht zu überlassen, oder ob es sich um eine relevante Kursänderung in der Zielsetzung des Kandidaten handelt.

### *Unsicherheiten über die spätere Implementierung*

Die Implementierung der Programme hängt einerseits von den aus den Legislativwahlen hervorgetretenen Mehrheiten ab, andererseits von dem Einfluss konkurrierender Flügel innerhalb der Parteien und von der Einbindung von kleineren Parteien des gleichen Lagers. Diese innerparteilichen Richtungskämpfe und spätere Allianzstrategien sind in der Kampagne, aufgrund der Personifizierung<sup>7</sup> des Wahlkampfes in dem Hintergrund gerückt. Es ist heute noch unklar, wie sich innerparteiliche Gruppierungen innerhalb der Regierungsmehrheit verhalten würden, und welche davon den Premier stellen könnten. Diese Weichstellungen sind insbesondere für die PS und die UDF relevant.

In der PS haben sich im innerparteilichem Wettbewerb um die Präsidentschaftskandidatur die unterschiedlichen Richtungen klar herausgeschält. Die drei innerparteilichen Konkurrenten Ségolène Royal, Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius, die jeweils auf recht starke innerparteiliche Flügel zurückgreifen können, unterscheiden sich in wirtschafts- und sozialpolitischen

---

<sup>7</sup> Siehe diesbezüglich Schwarzer Daniela, „Wahl der Willkür: Wer führt Frankreich aus der Krise? Trends und Themen am Vorabend der Präsidentschaftswahl“, Internationale Politik, April 2007, S. 8-9.

Positionen ebenso grundlegend wie in Fragen der Europapolitik und anderen Schlüsselthemen.

In der Kooperation mit kleineren Splitterparteien ist es der PS gelungen den Mouvement des Citoyens<sup>8</sup> (dessen Kandidat bei der letzten Präsidentschaftswahl Jean-Pierre Chevènement war) und den Parti Radical de Gauche<sup>9</sup> (dessen Kandidatin bei der letzten Wahl Christiane Taubira war)<sup>10</sup> zu „absorbieren“, indem ihnen Wahlkreise für die Parlamentswahlen versprochen wurden. Es gibt aber im Vergleich zu den vergangenen Wahlen kein Abkommen mit der Parti Communiste Français<sup>11</sup> (PCF) oder mit Les Verts<sup>12</sup>, Mitglieder der ehemaligen Regierungskoalition „gauche plurielle<sup>13</sup>“. Diese erklärt sich durch den Versuch der kommunistischen Partei, mit den Linksextremen gemeinsam einen „anti-liberalen“ Kandidaten zu stellen. Allerdings wurde der PCF vorgeworfen, sie habe das Ergebnis der Wahl des gemeinsamen Kandidaten beeinflussen wollen, indem sie die Beteiligung ihrer Mitglieder künstlich erhöht hätte. Hieran scheiterte das Verfahren.

Die Kandidatin der PS setzt trotz fehlender Abkommen mit den linken Splitterparteien vor dem ersten Wahlgang auf eine „vote utile“ (also eine sinnvolle Stimmabgabe der Wähler)<sup>14</sup>, um nicht die Situation von 2002 zu wiederholen, als PS-Kandidat Lionel Jospin auch aufgrund einer zu starken linken Konkurrenz nicht in die zweite Runde der Wahl einzog. Auch für den Fall einer Regierungsbildung wird die Kooperation mit den kleinen Linksparteien für die PS relevant. In der Geschichte der V.Republik hat die PS noch nie alleine eine Regierung gestellt, sondern war immer wenn sie an der Macht war die stärkste Kraft einer Linksallianz. Sollte sich die 2007 wiederholen, würde die PS, je nach dem Stimmenverhältnis der regierenden Koalition, ihre Positionen anpassen müssen. Dies würde vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Energiepolitik betreffen.

Für die Union pour la Démocratie Française<sup>15</sup> (UDF) stellt sich ein noch akuterer Problem. Eine „Ratifizierungswahl“ in Perrineaus Sinne könnte nicht

---

<sup>8</sup> Bewegung der Bürger.

<sup>9</sup> Linksradikele Partei.

<sup>10</sup> Die beiden Kandidaten haben jeweils 5,33% und 2,32% der abgegebenen Stimmen in dem ersten Wahlgang der letzten Präsidentschaftswahlen bekommen.

<sup>11</sup> Französische kommunistische Partei.

<sup>12</sup> Die Grünen.

<sup>13</sup> Plurale Linke.

<sup>14</sup> Das Konzept des „nützlichen Wählens“ ist auf die Konsequenzen der letzten Präsidentschaftswahl zurückzuführen (die unzureichende Stimmenanzahl Jospins um in der 2. Runde zu kommen) und beruht auf der Idee, dass ein Wähler seine Stimme schon in der ersten Runde dem Kandidaten geben sollte, der die meisten Chancen hat in der zweiten Runde anzutreten.

<sup>15</sup> Union für eine französische Demokratie.

stattfinden, wenn Bayrou Präsident wäre: Die UDF könnte schlichtweg zur Parlamentswahl nicht genügend Kandidaten aufstellen. Eine nicht zu vernachlässigende Anzahl an wichtigen UDF-Politikern ist während der jetzigen Legislatur zur Union pour un Mouvement Populaire (UMP)<sup>16</sup> übergegangen, etwa Pierre Méhaignerie, Leiter des Finanzausschusses, oder Philippe Douste-Blazy, aktueller Außenminister, nachdem Jean-Louis Borloo die UDF schon 2002 verließ.

Die verhältnismäßige Schwäche der UDF liegt im politischen System der V. Republik begründet. Dieses ist auf die Bipolarisierung des politischen Lebens ausgerichtet (Präsidentenwahl mit zwei Runden und nur zwei Kandidaten in der letzten Runde, Legislativwahlen mit Direktwahl eines Kandidaten und mit einer zweiten Runde, öffentliche Finanzierung der Parteien nach Anzahl der Wählerstimmen...)<sup>17</sup>. Deswegen sind die anderen Parteien neben der PS und der UMP mit relativ geringen materiellen Mitteln ausgestattet, und sind für Politikeinsteiger im Vergleich zu den beiden großen Parteien die weniger interessante Perspektive.

Eine Allianz mit der UMP, wie zum Beispiel zwischen Chirac und Giscard 1974, wäre kaum vorstellbar aufgrund der jetzigen Beziehungen zwischen den beiden Parteien (ein Teil der UDF hat im Misstrauensvotums gegen der jetzigen Regierung gestimmt und sich während der Legislaturperiode immer mehr als Oppositionspartei dargestellt). Eine Annäherung mit der PS ist ähnlich unwahrscheinlich, selbst wenn sich wichtige Figuren der Linken, wie Cohn-Bendit<sup>18</sup> oder Strauss-Kahn<sup>19</sup> dafür ausgesprochen haben.

Aufgrund der genannten institutionellen und politischen Faktoren ist es kaum möglich, konkrete Voraussagen über die Implementierung einzelner Maßnahmen zu machen, selbst dann nicht, wenn man verschiedenen Szenarien zum Ausgang der Präsidentenwahl durchspielen würde. Dennoch ist eine Auseinandersetzung mit den programmatischen Aussagen des Wahlkampfes 2007 sinnvoll. Denn die Vorschläge der Kandidaten zeichnen nicht nur mögliche Politiken vor. Sie bilden Meinungsströmungen, politische Einschätzungen und die politische Nachfrage innerhalb der Wählerschaft ab. Dies gilt umso mehr, als die Präsidentenwahl im Falle eines Wahlsiegs von Royal, Sarkozy oder Bayrou in jedem Fall einen politischen Generationswechsel mit sich bringt, der die Chance auf

---

<sup>16</sup> Union für eine Volksbewegung.

<sup>17</sup> Siehe zum Beispiel für eine weitergehende Analyse, Morin Gilles, „Bipolarisation et multipartisme“, Institut d’histoire du temps présent, [www.ihp.cnr.fr/spip.php?article361](http://www.ihp.cnr.fr/spip.php?article361)

<sup>18</sup> „Daniel Cohn-Bendit prône une alliance UDF-PS-Verts“, Lemonde.fr vom 21.02.2007.

<sup>19</sup> „Fabius, „DSK“, Hollande défendent chacun leur ligne pour contrer Bayrou “ Le Monde vom 13.03.2007.

eine Neuausrichtung nach zwölf Jahren Regentschaft von Jacques Chirac in sich birgt.

Aus deutscher Sicht ist eine Betrachtung der inhaltlichen Trends in einzelnen Politikfeldern insbesondere angesichts der engen bilateralen Kooperation mit Frankreich relevant. Besonders wichtige Bereiche sind aufgrund der Verflechtung zwischen beiden Staaten und der Kooperationsnotwendigkeit in der EU die Wirtschaftspolitik, die Europapolitik, die Verknüpfung der Diskussionen um Nation und Einwanderung und die Debatte um die Reformen der Institutionen der V. Republik. Im folgenden werden die dominierenden Positionen und Streitpunkt in diesen Politikfeldern herausgearbeitet. Die Portraits der vier führenden Kandidaten (Sarkozy, Bayrou, Royal, Le Pen) runden die Analyse ab. Im Annex findet sich eine synoptische Zusammenfassung der wichtigsten Positionen der drei Kandidaten mit einer Chance auf das höchste Staatsamt (Sarkozy, Royal, Bayrou). Die Analyse wurde vor dem ersten Wahlgang am 22. April 2007 abgeschlossen.



## I. Wirtschaftspolitik: vergleichbare Analysen, konträre Antworten

Arbeitslosigkeit, Wachstum, Fiskalkonkurrenz und Haushaltskontrolle sind die Kernthemen in den Programmen von PS, UMP und UDF und Gegenstand einer intensiven Debatte in Frankreich. Auch wenn die Kandidaten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ähnlich wie in anderen Politikfeldern *ad hoc* auf die Äußerungen ihrer politischen Gegner reagieren, und immer wieder neue Ideen ins Gespräch bringen, ist dies sicherlich das Politikfeld, in dem der rechts-links-Gegensatz noch am deutlichsten ist. Dies betrifft etwa die Vorschläge zur Fiskalpolitik. Ein wichtiger Konsenspunkt ist hingegen die Notwendigkeit von Reformen und der Dialog mit den Gewerkschaften. Alle drei Kandidaten sehen hier einen wichtigen Hebel um Frankreichs Reformfähigkeit zu steigern.

### *Nachfrage oder Angebot – unterschiedliche Ansätze der Arbeitsmarktpolitik*

Wie in vielen europäischen Ländern hat sich die Debatte um die Wirtschaftspolitik in Frankreich in den letzten Jahren auf die Frage des Wachstums konzentriert. Die Diskussionen betrifft insbesondere die Reform des Arbeitsmarktes, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und das Steuersystem.

Nicolas Sarkozy setzt sich für eine Flexibilisierung des französischen Arbeitsmarktes ein. Sein politisches Leitmotiv ist „mehr arbeiten, um mehr zu verdienen“<sup>20</sup>. Um dies zu erreichen, schlägt er eine angebotsorientierte Politik vor: die Steuerbelastung von Überstunden soll reduziert werden. Nach dem Scheitern des *Contrat Première Embauche*<sup>21</sup> fordert er eine Vereinheitlichung der existierenden Arbeitsverträge mit der Schaffung eines neuen unbefristeten Arbeitsvertrages<sup>22</sup>. Dieser soll eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erlauben indem er eine progressive Stärkung des Kündigungsschutzes (je nach Länge des Vertrages)

---

<sup>20</sup> „travailler plus pour gagner plus“, siehe unter anderem „Travailler plus pour gagner plus, une idée qui fait son chemin“, Lefigaro.fr vom 02.03.2007 und „Les propositions des candidats pour lutter contre le chômage“, Le Monde vom 04.04.2007.

<sup>21</sup> Dieser Vertrag für jüngere Arbeitnehmer, den die Regierung de Villepin 2006 vorschlug, sah eine zwei jährige Kündigungsfrist vor, was auch in der Wirtschaftswissenschaft heftig kritisiert wurde. Siehe zum Beispiel die Studie von Cahuc Pierre und Carcillo Stephane (2006), „Que peut-on attendre des Contrats Nouvelle Embauche et Première Embauche?“, Revue Française d’Economie, 21, S. 37-86.

<sup>22</sup> Projet législatif UMP, S. 29. [www.ump-legislatives2007.fr](http://www.ump-legislatives2007.fr).

einerseits, und eine Erweiterung der damit verbundenen Rechte (insbesondere für Weiterbildung) vorsieht. Jedem Angestellten soll zudem die Möglichkeit gegeben werden, sich im Einzelfall für einen Doppelstatus<sup>23</sup> als Freiberufler und Angestellter zu entscheiden.

Das PS-Programm enthält diametral entgegengesetzte Positionen. Der *Contrat Nouvelle Embauche* (Arbeitsvertrag für Unternehmen mit bis zu zwanzig Angestellten, und mit einer zweijährigen Probezeit, von der Villepin Regierung 2005 eingeführt) soll abgeschafft werden<sup>24</sup> und die 35-Stundenwoche soll erweitert werden<sup>25</sup>. Dies soll nach „Diskussion mit den Sozialpartnern“ geschehen, was auf eine Anerkennung seitens der PS deutet, dass diesbezüglich sowohl Vorbehalte seitens der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie Durchsetzungsprobleme in manchen Sektoren bestehen. Darüber hinaus will Royal die Zahl der erlaubten Überstunden reduzieren<sup>26</sup> (Maximalgrenze die von der jetzigen Regierung entschieden worden ist). Der Mindestlohn soll stark auf 1500 Euro erhöht werden (gegenüber derzeit 1200 Euro). Dies entspricht einer Steigerung um 25% und wird möglicherweise innerhalb der angekündigten Zeit schwer zu erreichen sein („sobald wie möglich in der Legislatur“), ohne inflationäre Spannungen hervorzurufen, da 17% der Arbeitnehmer den Mindestlohn bekommen, und da dieser als Berechnungsbasis für die übrigen Löhne dient. Dieser Teil des Wirtschaftsprogramms der PS konzentriert sich auf Reformen von Maßnahmen seit 2002.

Bezüglich der Arbeitslosigkeit bestehen aber auch Konvergenzen zwischen beiden Programmen. Royal and Sarkozy greifen eine in Frankreich weitgehend akzeptierte Idee auf: Der Zusammenschluss der UNEDIC (Organismus, das zuständig für das Arbeitslosengeld ist) und der Agence Nationale pour l'Emploi (Arbeitsagentur, zuständig für die Arbeitsplatzvermittlung) soll die Effizienz der Arbeitslosenbetreuung erhöhen. Beide Kandidaten sind sich zudem einig, die in Frankreich noch schwach entwickelten Weiterbildungsangebote zu fördern und Möglichkeiten für den Arbeitnehmer einzuführen, ein Diplom durch die Anerkennung der Praxis zu erhalten. Drittens schlagen beide Kandidaten vor, finanzielle Anreize einzuführen, damit Arbeitnehmer eher bereit sind, schlecht bezahlte Tätigkeiten aufzunehmen.

---

<sup>23</sup> *Projet législatif UMP*, S. 58.

<sup>24</sup> *Projet du socialiste*, S. 11 <http://projet.parti-socialiste.fr/>.

<sup>25</sup> *Ibid.*, S. 10.

<sup>26</sup> *Ibid.*

Trotz dieser Konvergenzen bestehen unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf die Rolle des Staates. Sarkozy konzentriert sich auf die Schaffung von Anreizen für Arbeitssuchenden, deren Selbstverantwortung er stärken will. So sollen Arbeitslose ihren Anspruch auf Unterstützung verlieren, wenn sie mehr als zwei Angebote ablehnen, die ihrer Qualifikation entsprechen. Die PS setzt sich hingegen für ein weitgehendes Eingreifen des Staates, sei es durch Finanzmittel (ein Jahr lang nach dem Arbeitsplatzverlust soll ein Arbeitslosengeld gezahlt werden, das 90% des letzten Gehaltes entspricht), durch Weiterbildungsangebote oder individuelle Hilfe in der Arbeitssuche. Diese Antagonismen werden durch andere Vorschläge des Programms der PS verstärkt: die Schaffung von öffentlichen Beteiligungsfonds auf regionaler Ebene<sup>27</sup> (die zur Unterstützung der kleinen und mittleren Betriebe dienen soll), die Verpflichtung zur Rückzahlung der Staatsbeihilfen<sup>28</sup>, wenn ein Unternehmen trotz „deutlicher Profite“ (ohne dass diese weiter definiert werden) Arbeitnehmer kündigt, oder die Idee, die Beziehung zwischen Großunternehmen und Zulieferer zugunsten des Letzteren zu ändern (ohne dabei eine besondere Vorgehensweise anzugeben).

### *Das Steuersystem: Kern der rechts-links Auseinandersetzung*

Der Zustand der öffentlichen Finanzen und das Steuersystem sind seit dem Jahr 2005 ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Am 14. Dezember 2005 wurde der so genannte Pébereau-Bericht<sup>29</sup> veröffentlicht, der die fehlende Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen und die Dynamik der öffentlichen Schuldenlast belegte. Sarkozy und Royal haben – ausgehend von unterschiedlichen Gesellschaftsvorstellungen – sehr unterschiedliche Vorstellungen in diesem Themenfeld skizziert. Während Royal einkommensschwache Personen unterstützen will und auf die „soziale Verantwortung“ der Unternehmen durch das Steuersystem Einfluss nehmen will, will Sarkozy eine maximale Grenze für die Steuerbelastung von Privatpersonen definieren, und Unternehmen steuerlich entlasten.

So schlägt Royal vor, die mit der 35-Stundenwoche eingeführte Steuerentlastung für Sozialbeiträge zugunsten der Arbeitnehmer mit niedrigem Gehalt zu ändern, und aus der CSG (Beitrag zur Sozialversicherung) ein progressives

---

<sup>27</sup> Ibid, S.7 und Punkt 14 des Pacte présidentiel, [www.desirsdavenir.org](http://www.desirsdavenir.org).

<sup>28</sup> Ibid. S.8 und Punkt 14 des Pacte présidentiel.

<sup>29</sup> [http://www.finances.gouv.fr/notes\\_bleues/nbb/nbb301/pebereau.pdf](http://www.finances.gouv.fr/notes_bleues/nbb/nbb301/pebereau.pdf).

Besteuerungselement zu machen und dieses mit in die Steuerbemessungsgrundlage einzubeziehen. Darüber hinaus will die Kandidatin die 2005 auf 60% festgesetzte Obergrenze für die Besteuerung der Einkommens aufheben. Bezüglich der Unternehmensbesteuerung schlägt sie vor, Unternehmen zu entlasten die investieren, und belasten wenn die Gewinne etwa in die Zahlung von Dividenden fließen. Nicht festgelegt hat sie sich bei der Frage, welcher Investitionssatz zu unterstützen wäre. Zudem setzt sich die PS für eine Modulierung der Beihilfen und Steuerentlastungen abhängig vom Anteil an unbefristeten Arbeitsverträgen ein.

Sarkozy hingegen will die Maximalgrenze für die Besteuerung in die Verfassung aufnehmen und auf 50% des Einkommens absenken<sup>30</sup>. Die Vermögenssteuer will er reduzieren<sup>31</sup>, wenn sie sich auf einen Hauptwohnsitz oder eine Investition in ein kleines oder mittleres Unternehmen bezieht. Die Unternehmenssteuer soll sinken, wobei die UMP Deutschland als Vorbild nimmt<sup>32</sup>.

Aus deutscher Sicht sind die erwarteten Konsequenzen je nach Wahlsieger sehr unterschiedlich. Im Falle der PS wäre der relevanteste Aspekt die Wirkung der Kaufkraftsteigerung der Konsumenten (auch wenn manche der Maßnahmen nur schwer durchsetzbar sind, wie etwa die Erhöhung des Mindestlohns um 25% oder die Anwendung eines variablen Unternehmenssteuersatzes je nach Verhalten eines Unternehmens). Würde aber dennoch die innere Nachfrage auf diese Weise wirksam gesteigert, würden die Exporte Deutschlands nach Frankreich zunehmen, wie es Anfang der Achtziger unter Mitterands Präsidentschaft der Fall war. Doch wie unter Mitterands Präsidentschaft kann eine Wende in der Wirtschaftspolitik der Sozialisten nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus scheinen manche der angekündigten Maßnahmen schwer anwendbar, wie.

Im Falle einer Umsetzung des UMP-Programms würde Frankreichs Wirtschaft im Vergleich zur deutschen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen (durch die Senkung der Produktionskosten, falls Unternehmensbesteuerung und Sozialbeiträge sinken). Allerdings sind auch hier der Durchsetzbarkeit des Wahlprogramms Grenzen gesetzt. Die Verschuldung von über 1000 Milliarden Euro (2000 Milliarden Euro, wenn man die öffentlichen Verpflichtungen einbezieht<sup>33</sup>) und das nahe der Obergrenze von 3% liegende Defizit schränken den fiskalpolitischen Handlungsspielraum stark ein. Die Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast müsste

---

<sup>30</sup> Interview in Le Figaro vom 13. 04.2007.

<sup>31</sup> Projet législatif UMP S. 59.

<sup>32</sup> Ibid.

<sup>33</sup> <http://lesrapports.ladocumentationfrancaise.fr/BRP/054004454/0000.pdf>.

also durch massive Einsparungen gegenfinanziert werden. Sarkozy macht zwar Vorschläge etwa zur Verschlankung des öffentlichen Dienstes, doch seine bisherigen Vorschläge dürften allein nicht ausreichen.

### *François Bayrou, mangelnde Kohärenz in der Wirtschaftspolitik<sup>34</sup>?*

Der „Kandidat der Mitte“ steht gerade im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich unter Druck, sich von PS und UMP abzugrenzen. Neben einer weitgehenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (indem aus dem Arbeitsrecht eine Prinzipienkodex gemacht werden soll<sup>35</sup>), setzt er sich für eine Erhöhung um 35% der Bezahlung der Überstunden ohne Steigerung der Kosten für das Unternehmen (indem diese Erhöhung von den Sozialbeiträgen abgezogen wird<sup>36</sup>).

Im Zentrum seines wirtschaftspolitischen Programms steht die Möglichkeit, in jedem Unternehmen zwei Stellen zu schaffen, die von Sozialbeiträgen befreit sind<sup>37</sup>. Mittelfristig will er die Kosten der Arbeit reduzieren, indem sich die Höhe der Sozialbeiträge künftig nicht mehr am Verdienst orientieren sollen. Ohne dies genauer darzustellen, nennt der Kandidat als eine Möglichkeit die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Das wirtschaftspolitische Programm von François Bayrou fällt angesichts drängender Probleme der französischen Wirtschaft (Arbeitslosigkeit, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie etc.) recht dünn aus. Anders als UMP- und PS-Kandidaten scheint er das Steuersystem im Status Quo bestehen lassen zu wollen. In der öffentlichen Debatte steht im Vordergrund, ob die UDF überhaupt in der Lage ist, ein kohärentes Programm zu entwickeln.

### *Einbindung der Gewerkschaften in Reformvorhaben*

Die Notwendigkeit, den sozialen Dialog in Frankreich zu verbessern, ist angesichts des unbestreitbaren Reformbedarf im französischen Wirtschafts- und Sozialsystems und der gleichzeitigen Blockadewilligkeit und -fähigkeit der französischen

---

<sup>34</sup> Le Monde erlaubte sich zum Beispiel, ohne erstaunen zu erwecken, einen Artikel dem Titel „François Bayrou: un synthèse économique et politique périlleuse“ (François Bayrou: eine gefährliche wirtschaftliche und politische Synthese) zu geben in Le Monde vom 13.03.2007.

<sup>35</sup> Avant-projet législatif UDF, S. 19, [www.udf.org/legislatives\\_2007/avant\\_projet.pdf](http://www.udf.org/legislatives_2007/avant_projet.pdf).

<sup>36</sup> Ibid.

<sup>37</sup> Proposition „emplois francs“, abrufbar unter [www.bayrou.fr](http://www.bayrou.fr).

Gewerkschaften ein anhaltendes Diskussionsthema in Frankreich.<sup>38</sup> Alle drei Kandidaten haben sich daher dafür ausgesprochen, die Repräsentativität der Gewerkschaften zu verbessern und die Beziehungen zwischen Staat und Gewerkschaften stärker zu institutionalisieren. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht wirklich im Rahmen der Kampagne diskutiert, vermutlich weil die Kandidaten die Gegenwehr der Gewerkschaften und die Reaktion der öffentlichen Meinung befürchten.

Das Thema rückte allerdings in den Vordergrund, als der Wirtschafts- und Sozialausschusses einen Berichts über die Konsolidierung des sozialen Dialoges<sup>39</sup> veröffentlichte. Heute sind in Frankreich weniger als 10% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft (weniger als 5% im Privatsektor). Bisher haben fünf Gewerkschaften eine „gesetzliche Repräsentativität“: Sie dürfen an Tarifverhandlungen teilnehmen, können Vertreter in Unternehmen benennen und stellen Kandidaten bei Betriebsratswahlen. Damit haben sie weiter reichende Befugnisse als andere Gewerkschaften, die nur in bestimmten Unternehmen und Wirtschaftssektoren verhandeln dürfen, und nur, wenn sie dafür zugelassen werden.

Um die Repräsentativität der Gewerkschaften zu steigern, wollten Bayrou<sup>40</sup>, Sarkozy<sup>41</sup> und Royal<sup>42</sup> sich dafür einsetzen, dass mehr Arbeitnehmer Gewerkschaften beitreten. Dadurch erhofft man sich Verhandlungspartner, die nicht auf radikale Maßnahmen (wie wochenlange Streiks) zurückgreifen müssen, um glaubwürdig zu erscheinen, und die, so es zu konstruktiven Verhandlungen kommt, auch mehr als ein Bruchteil der Arbeitnehmer vertreten würden. Unter den jetzigen Bedingungen werden Entscheidungen, nur weil sie von den Gewerkschaftsfunktionären mitgetragen werden, noch längst nicht von den Arbeitnehmern mitgetragen. Somit müssten eigentlich auch die Gewerkschaften ein Interesse daran haben, dass sich die Situation ändert. Einige jedoch, wie etwa die Force Ouvrière<sup>43</sup> und der Arbeitgeberverband Medef lehnen dies ab, weil sich das Kräftegleichgewicht in der Verbändelandschaft zu Ungunsten der alten Größen verschieben würde.

---

<sup>38</sup> Siehe zum Beispiel „La représentativité des syndicats de salariés“ (2001), Studie der Rechtsvergleichung, Europäische Abteilung des Senats, Service, Abrufbar unter : <http://www.senat.fr/lc/lc87/lc87.html>, oder den Seminar über sozialen Dialog der Ecole National d'Administration, zwischen 2003 und 2005, <http://www.ena.fr/index.php?page=ressources/rapports/dialogue>.

<sup>39</sup> Aurelli Paul, Gautier Jean, „Consolider le dialogue social“, Rapport du Conseil Economique et Social, Dezember 2006, [www.ces.fr/rapport/doclon/06120423.pdf](http://www.ces.fr/rapport/doclon/06120423.pdf).

<sup>40</sup> Proposition „Syndicats et démocratie sociale“.

<sup>41</sup> Projet législatif UMP, S. 51.

<sup>42</sup> Projet socialiste, S. 25.

<sup>43</sup> „Représentativité des syndicats : vers un vote de tous les salariés ?“, Le Monde vom 07.11.2007.

Sarkozy hat mit seinem Vorschlag eines „Service Minimum“, also einem Mindestmaß etwa an Personennahverkehr im Falle von Streiks am deutlichsten signalisiert, dass er in Zukunft verhindern will, dass die Gewerkschaften tage- und wochenlang das öffentliche Leben in Frankreich lahm legen können. Unabhängig vom Wahlausgang wird die Verbesserung des sozialen Dialogs und die Verhinderung von Konflikten für die politische Führung in Paris ein dringendes Thema sein, das unter anderem auch darüber mitbestimmen wird, welche Reformen etwa im Bereich des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung tatsächlich umgesetzt werden.

## II. Immigration und Nationale Identität - ein Allparteienthema

In der Diskussion um Immigration und nationale Identität zeigt sich besonders deutlich, wie weit sich die Kandidaten sich im Wahlkampf von den Parteiprogrammen entfernen – und in diesem spezifischen Themenfeld ihre Positionen radikalisiert haben. So heben sich etwa die „neuen politische Zugpferde“ von PS und UMP, Royal und Sarkozy, in diesem Punkt deutlich von ihren Vorgängern, Jospin und Chirac, ab<sup>44</sup>.

Es wäre falsch, die Äußerungen der Kandidaten als reines Wahlkampfespektakel abzutun, denn die Debatte um die französische Identität und die Themen Einwanderung und Offenheit der französischen Gesellschaft deutet auf tiefer liegende Entwicklungen hin, die das französische Leben über den Wahlkampf hinaus prägen dürften.

### *Abgrenzende Identitätsdiskussion*

In Frankreich sehen Teile der Bevölkerung seit Jahrzehnten die Zuwanderung von Ausländern als „Bedrohung von außen“ an, die die „nationale Identität“ gefährde. Während im Jahr 2002 das Thema Sicherheit den Wahlkampf dominierte, ist im Jahr 2007 eines der Kernthemen die nationale Identität und Bedrohungen der selben von

---

<sup>44</sup> So erscheint Chiracs Rede vom 11. März 2007 als direkte Antwort auf den Vorschlag seines Nachfolgers, Nicolas Sarkozy, ein Ministerium für nationale Identität und Immigration einrichten zu wollen. Er sagt: „Zuerst, setzt euch nie mit Extremismus, Rassismus, Antisemitismus oder der Abgrenzung der Anderen zusammen. In unsere Geschichte hat uns Extremismus schon fast in der Schlucht gebracht. Es ist ein Gift. Er trennt. Er pervertiert, er zerstört. Alles in der Seele Frankreichs sagt nein zum Extremismus“. (D'abord, ne composez jamais avec l'extrémisme, le racisme, l'antisémitisme ou le rejet de l'autre. Dans notre histoire, l'extrémisme a déjà failli nous conduire à l'abîme. C'est un poison. Il divise. Il pervertit, il détruit. Tout dans l'âme de la France dit non à l'extrémisme).

außen. Dabei vermischen sich kulturelle, wirtschaftliche und soziale Motive und zeugen von einer grundlegenden Verunsicherung in der französischen Gesellschaft. Die Kandidaten übertreffen sich mit neuen, stark symbolhaften Vorschlägen, um auf diese Sorgen zu reagieren - wie zum Beispiel die Idee von Sarkozy belegt, ein „Ministerium für Immigration und nationale Identität“<sup>45</sup> zu schaffen.

Dieser Vorschlag reagiert eindeutig auf die Stimmungslage im Land: Laut Meinungsumfragen<sup>46</sup> bezeichnen sich 30% der Franzosen selber als rassistisch und 48% behaupten, es gebe zu viele Ausländer in Frankreich. Viele Wähler interpretieren das Gefühl des Identitätsverlust vor dem Hintergrund der Immigration in Frankreich. Darauf reagiert der Vorschlag von Sarkozy mit seinem Vorschlag eines Ministeriums für Immigration und nationale Identität - und suggeriert dabei, dass Immigration eine echte (und bei weitem wichtigste) Bedrohung für die nationale Identität darstelle. Dieser Nexus macht es unmöglich, an einer offenen Definition der französischen Identität zu arbeiten. Im inneren verbindende Elemente, wie die *mémoire collective* (die gemeinsame Geschichtsverarbeitung), die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Republik treten in den Hintergrund. Statt dessen funktioniert die Selbstdefinition über Abgrenzung, wobei ethnische, kulturelle, nationale und geografische Trennlinien an Bedeutung in der Debatte gewinnen. Damit widerspricht der neue Diskurs über Einwanderung und Nation in mancherlei Hinsicht dem Ideal der Republik, die sich als grundsätzlich offen für Bürger zeigt, die ihre Zielsetzung teilen.

### Legitimation der Abgrenzungsrhetorik

Im Wahlkampf 2007 wurde sehr deutlich, wie stark sich gemäßigte Politiker an den Diskurs Le Pens anlehnen.<sup>47</sup> Vor den neuen Mitgliedern der UMP erklärte Nicolas Sarkozy am 22. April 2006: „ Wenn es manche stört in Frankreich zu sein, dann sollen sie das Land verlassen, das sie nicht mögen“. Le Pen konstatierte in dieser Aussage sofort ein Plagiat. Auch in weniger spektakulären Aussagen wird der

---

<sup>45</sup> Äußerung von Nicolas Sarkozy auf France 2 am 8. März 2007.

<sup>46</sup> Von CSA für die Commission nationale consultative des droits de l'homme im November 2006.

<sup>47</sup> Am 19. Juni 1991 hatte Chirac gesagt : Wie wollen sie, dass ein französischer Arbeiter, der mit seine Frau arbeitet, und die zusammen ungefähr 15000 Francs verdienen und die auf den Eingang neben ihrer Sozialwohnung, dort aufgestapelt sehen eine Familie, mit einem Familienvater, drei oder vier Ehefrauen und um die zwanzig Kinder, und der 50 000 Francs Sozialhilfe verdient, ohne natürlich zu arbeiten... Und wenn sie dann noch den Geruch und den Lärm hinzufügen, dann wird der französische Arbeiter vor seiner Haustür verrückt. Und es ist nicht rassistisch so etwas zu behaupten



wachsende Wille zur rhetorischen Abgrenzung deutlich: sei es in der UMP der „Patriotisme économique“<sup>48</sup> der Regierung Villepin, oder die innerhalb der PS verbreitete Idee, das (bisherige und) weitere Erweiterungen der EU eine Gefahr für die Sozialstandards bilden<sup>49</sup>.

Dass andere Kandidaten die Positionen von Jean-Marie Le Pen aufgreifen, unterstützt im Zweifel den rechtsextremen Kandidaten, der seit zwei Jahrzehnten die Diskussion um Themen wie Identität, Migration, innere Sicherheit in Frankreich mit gestaltet. So gilt es in Frankreich bereits als Faktum, dass eine „Lepenisierung in den Köpfen“<sup>50</sup> statt gefunden hat. Obgleich diese Themen von anderen Politikern besetzt werden, werden sie nach wie vor mit dem Front National in Verbindung gebracht. Die Analyse dieser Gesellschaftsprobleme durch die Rechtsextremen wird somit weiterverbreitet und durch die Bestätigung abgrenzender Gesellschaftsbilder weiter gestärkt<sup>51</sup>. Auch 2007 könnte dies einen Zustrom von Wählern zum Extremisten nach sich ziehen, der bereits im Wahlkampf 2002 zum Thema „innere Sicherheit“ hämisch sagte: „Zwischen der Kopie und dem Original bevorzugt man das Original“.

#### Auseinandersetzungen in den gemäßigten Parteien

Die Entscheidung der Kandidaten Sarkozy und Royal, auf die Anti-Immigrations- und Identitätskampagne des Front-National-Chefs einzusteigen, hat nicht den völligen Rückhalt in den Parteien. So erklärte etwa der noch amtierende Premierminister Dominique de Villepin (UMP) der Presse<sup>52</sup>, er sei mit einem Ministerium für nationale Identität und Immigration nicht einverstanden. Simone Veil meinte: „Für mich ist es mehr als eine Unvorsichtigkeit. Es ist ernster. Ich habe es nicht verstanden“<sup>53</sup>.

---

<sup>48</sup> Schwarzer D. (2007), S. 12-13.

<sup>49</sup> Falsche Fragen, falsche Antworten? Wie Frankreich eine notwendige Zukunftsdiskussion verpasst  
Lieb Julia, Roussel Benoît, Schwarzer Daniela Diskussionspapier, Juni 2006, S. 17.

<sup>50</sup> Schwarzer Daniela „Wahl der Willkür: Wer führt Frankreich aus der Krise? Trends und Themen am Vorabend der Präsidentschaftswahl“, Internationale Politik, April 2007, S. 12-13 und Tevanian Pierre, Tissot Sylvie „La lepénisation des esprits, Eléments pour une grille d’analyse du racisme en France“, Juni 2005, [http://lmsi.net/article.php3?id\\_article=555](http://lmsi.net/article.php3?id_article=555).

<sup>51</sup> Siehe Collowald Annie (2004), « Le « Populisme du FN », un dangereux contresens », Broissieux, Le Croquant, 256 S.

<sup>52</sup> „Dominique de Villepin se démarque du candidat de l’UMP sur l’immigration“, LeMonde.fr vom 02.04.2007.

<sup>53</sup> „Simon Veil : un ministère de l’identité nationale est une idée plus qu’imprudente“, LeMonde.fr vom 02.04.2007.

Royal und Bayrou reagierten vordergründig empört auf die Vorschläge Le Pens – Royal zumindest hielt es dann aber doch für nötig, auf die Thematik einzuschwenken. Hier liegt eine gewisse Parallele zur Präsidentschaftswahl 2002: Damals griff Jospin die Frage der inneren Sicherheit auf, die vorher kaum mit der Linken identifiziert wurde. Jospin griff das Thema zunächst nicht auf, und erschien, als er es dann verspätet tat, kaum noch glaubwürdig. Sein Zögern bezeichnete er später als „naiv“<sup>54</sup>.

Royal versuchte zunächst, eine offene Definition der Nation zu verteidigen, indem sie die Abgrenzung der Nation (Zusammengehörigkeitsgefühl) von dem Nationalismus unterstrichen hat<sup>55</sup>. Doch ihr Vortrag vom 23. März 2007, in dem sie erklärte, dass „alle Franzosen zu Hause die französische Flagge haben sollten“ und dass sie, im Falle eines Wahlkampfsieges, „die Franzosen dazu bringen [wolle] die Marseillaise zu singen“, sorgte für Verwirrung oder Ablehnung bei den Anhängern der anderen linksorientierten Parteien gesorgt.

Bayrou hingegen ließ sich nicht im einzelnen auf dieses Thema ein. Er bezeichnete die Stellungnahmen von Sarkozy und Royal als „nationalistische Besessenheit“<sup>56</sup> und versuchte gleichzeitig, auf die Prinzipien der Republik, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, zu unterstreichen und Spannung aus der Diskussion zu nehmen.<sup>57</sup>

Dass die Vorschläge von Sarkozy und Royal möglicherweise nicht den wesentlichen Inhalt ihrer späteren Politik bestimmen werden, ist vorhersehbar. Doch die Äußerungen fallen auf einen sehr „fruchtbaren Boden“. Es ist zu befürchten, dass die Hemmschwelle, extremistische Kandidaten zu wählen und ihre Positionen als salonfähig zu betrachten, bei einem Teil der Bevölkerung sinkt. Somit ist die LePenisation Frankreichs kein alleiniges Phänomen von unten.

Die Regierungsparteien haben sich in den letzten 30 Jahren mit nur wenig Überzeugungskraft von den rechtsextremen Parteien abgegrenzt. So wurde argumentiert,<sup>58</sup> Mitterrand habe den Front National unterstützt und instrumentalisiert, um die Rechte zu schwächen. Die gemäßigten rechten Parteien (UDF, Démocratie Libérale und RPR) schlossen ihrerseits immer wieder Allianzen mit

---

<sup>54</sup> Am 3. März 2002, wobei die Naivität auf der Idee, dass die Arbeitslosigkeitssenkung die Unsicherheit reduzieren würde, und nicht die Unsicherheit selber bezeichnen sollte.

<sup>55</sup> „Royal défend la nation contre le nationalisme“, Le Figaro vom 27. 03.2007.

<sup>56</sup> Äußerung Bayrou am 24. 03.2007.

<sup>57</sup> Am 28.03.2007, in Nîmes, erklärt Bayrou dass es ein Irrtum sein würde „Frankreich durch die Flagge oder die Identität zusammenfassen zu wollen [...] Was Frankreich ausmacht sind die fundamentalen Werte Frankreichs: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

<sup>58</sup> Legrand Thomas, Perez Gilles, Faux Emmanuel, (1991) « La main droite de dieu », le Seuil, 261 S.

dem Front National. Das letzte Beispiel war 2004, als sich vier konservative Regionspräsidenten mit Hilfe des Front National wählen ließen. Dies sorgte jedoch für Protest an der Parteibasis. Eine Annäherung, die über eine Diskursannäherung hinausgeht, scheint seitens der UMP-Wähler nicht mehr akzeptabel zu sein.

### *Immigration als Thema in den Wahlprogrammen*

Zum Thema der Immigration ist im gemäßigten Lager ein deutlicher Rechts-Links-Gegensatz erkennbar. Sarkozys Idee einer „ausgewählten Immigration“<sup>59</sup> haben Royal und Bayrou heftig kritisiert, da sie impliziert, es gebe eine Immigration, unter der „man leiden“ müsse, denn rhetorisch wird die „immigration subie“ (erlittene Immigration) gegen die „immigration choisie“ (ausgewählte Immigration) gestellt.

Im Wahlprogramm der PS wird Immigration hingegen eindeutig als „Vorteil“<sup>60</sup> dargestellt. Welche Konsequenzen dies etwa für Fragen des Bleibrechts und der Einbürgerung haben sollte, ist jedoch bei der PS noch weitgehend unklar. Royal erklärte zunächst, „die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis solle der Einschulung folgen“<sup>61</sup>. Doch kurz darauf, nach Kritiken aus den Reihen von UMP und UDF<sup>62</sup>, relativierten mehrere Politiker der PS (unter anderem Francois Hollande, Generalsekretär und Jean-Louis Bianco, Direktor der Wahlkampagne) die Äußerungen der Kandidatin, in dem sie erklärten, im konkreten Einzelfall müssten Entscheidungen überprüft werden.

Bayrou versucht eine Zwischenposition zu verteidigen. Er weist die Idee einer „ausgesuchten Migration“ zurück. Gleichzeitig erklärt er jedoch in seinem Parteiprogramm, dass zunächst die Millionen ausgeschlossenen integriert werden müssten, bevor neue Arbeitskräfte akzeptieren werden könnten<sup>63</sup>.

In seinem Programm und seinen Äußerungen wird dem Thema Immigration nur wenig Platz eingeräumt, was sich auch nicht änderte, als Royal und Sarkozy auf die Le Pen-Positionen einschwangen. Dennoch gibt es auch zwischen den beiden letzteren eindeutige Unterschiede auszumachen: Sarkozy und die UMP geben dem Thema bei weitem mehr Raum als die PS. Im Wahlprogramm der UDF oder der PS taucht der Begriff Immigration jeweils nur sieben bzw. sechs Mal auf. Im

---

<sup>59</sup> Auf französisch „immigration choisie“, jeweils Seite 9, 22, und zwei Mal auf der S. 55.

<sup>60</sup> Projet socialiste, S. 28.

<sup>61</sup> Am 25. März in dem Grand Jury RTL Le Figaro LCI.

<sup>62</sup> „Le dossier des sans-papiers revient dans la campagne“, Le Monde vom 28.03.2007.

<sup>63</sup> Avant-Projet Législatif UDF, S. 30.

Wahlprogramm der UMP erscheint der Begriff 41 Mal. Diese Zahlen bestätigen den Eindruck aus Reden und Interviews, dass Sarkozy und der UMP am stärksten auf die vom FN gesetzten Themen einschwingen. Für die Zeit nach der Wahl könnte dies bedeuten, dass sich insbesondere mit einer UMP-Führung in Paris die EU-Zusammenarbeit und Fortschreibung der Integration in den Bereichen Justiz und Inneres als schwierig gestalten könnte.

### III. Europapolitik in den französischen Wahlen

#### *Die Zukunft des Verfassungsvertrages*

Wenngleich der Wahlkampf und der Wahlergebnis in vielerlei Hinsicht bedeutend für den weiteren Fortgang der Europäischen Integration und die Zusammenarbeit mit Frankreich sein werden, spielen Frage der europäischen Integration eine nur sehr geringe Rolle in den Kampagnen. Zwar haben die Hauptkandidaten in jeweils mindestens einer Europa gewidmeten Rede ihre Positionen dargelegt – doch insbesondere um zu erklären, dass Kernfragen später geklärt werden müssen<sup>64</sup>. Auch sind die Kandidaten nicht auf den Jahresbericht des Conseil d'Etat<sup>65</sup> (höchster Verwaltungsgerichtshof und „juristischer Berater“ der französischen Regierung) eingegangen, der sich dieses Jahr mit der Anpassung der französischen Verwaltung an die EU beschäftigt. Der Bericht deckt schwere Mängel auf und stellt fest, dass *„es Frankreich heutzutage schwer fällt, die gesamten Strategien zu beherrschen, die es dem Land ermöglichen würden, den Aufbau Europas unter harmonischen Bedingungen und unter Berücksichtigung der nationalen Interessen zu verfolgen“*<sup>66</sup>. Für genauso wenig Interesse haben die Stellungnahmen anderer europäischer Politiker zur Französischen Präsidentschaft gesorgt, wie zum Beispiel die des Europaparlamentarier Daniel Cohn-Bendit oder des italienischen Sozialdemokraten Francesco Rutelli. Auch wenn drei Kandidaten jeweils Meetings in europäischen Nachbarstaaten gehalten (zum Beispiel Sarkozy am 30. Januar in London, Royal am 6. März in Berlin und Bayrou am 8. März in Brüssel) haben, ist die öffentliche

---

<sup>64</sup> Brantner Franziska, Thomas Anja, „Europapolitik – kein Vorrangiges Thema im französischen Präsidentschaftswahlkampf“ Integration Januar 2007, S. 27.

<sup>65</sup> „L'administration française et l'Union européenne. Quelles influences ? Quelles Stratégies ?“, Etudes et document 58, <http://www.conseil-etat.fr/ce/rapport/rapport2007/rap07.pdf>.

<sup>66</sup> Ibid. S. 233 *„La France peine aujourd'hui à maîtriser l'ensemble des stratégies qui permettraient la poursuite, dans des conditions harmonieuses et conformes aux intérêts nationaux, de la construction de l'Europe“*,

Aufmerksamkeit gegenüber Europathemen während der Kampagne gering. Dies steht ganz im Kontrast zur Debatte im Zuge des Referendums über den Verfassungsvertrag im Mai 2005.

Die Programme allerdings enthalten – von der Öffentlichkeit weitgehend unkommentiert – weiterreichende Vorschläge im Bereich der Institutionen, des Verfassungsvertrags und der verschiedenen Politikfelder. Dass keiner der Kandidaten diese Themen „höher zieht“ erklärt sich unter anderem dadurch, dass die Ursachen der Ablehnung der Verfassung seither nicht beseitigt wurden. Die PS hat die damit verbundene innere Auseinandersetzung nicht überwunden, sondern nur zur Seite geschoben. Das im Referendumswahlkampf nach vorne getragene „Soziale Europa“ wurde innerhalb der Partei nie klar und konsensfähig konzipiert. Es ist zudem auf nationaler und auf europäischer Ebene so sensibel, dass sich kaum ein Kandidat auf dieses Terrain wagt.

Die Vorstellungen über die Zukunft des europäischen Verfassungsvertrags unterscheiden sich zwischen UMP, UDF und PS. Während Sarkozy sich gegen ein Referendum und für einen „normalen Vertrag“ (Traité ordinaire) ausgesprochen hat, schlägt Bayrou einen „Mini-Vertrag, der per Referendum angenommen werden soll, vor. Royal hat sowohl ein zweites Referendum, als auch einen Verfassungsvertrag mit „Sozialprotokoll“ versprochen. Was den Verfassungsinhalt angeht, konzentrieren sich Sarkozy und Bayrou auf das institutionelle Gefüge, während Royal sich explizit für das Beibehalten der Politiken ausgesprochen hat.

Die Ankündigung eines erneuten Referendums sorgt für Skepsis bei den anderen Mitgliedstaaten. Während Bayrous Vorschlag noch die Chance einer Ratifizierung durch Referendum zugesprochen wird, stößt Royals Vorschlag eines neuen Verfassungsvertrags auf größere Skepsis. Die Entscheidung der Kandidaten, das Risiko eines zweiten gescheiterten Referendums einzugehen, ist vor dem Hintergrund der öffentlichen Stimmungslage in Frankreich zu bewerten. Wie Bayrou<sup>67</sup> dies am 8. März 2007 in Brüssel formulierte, kann aus Sicht vieler Franzosen „nur das Volk annehmen, was es bisher abgelehnt hat“. Darin scheinen sich Gegner und Befürworter des Vertrags einig zu sein. Insbesondere für die PS-Kandidatin wäre eine Ratifizierung durch die Nationalversammlung riskant, weil

---

<sup>67</sup> „Stratégie pour une refondation de l'Europe“, Rede des 08.03.2007, S. 4, [http://www.friendsofeurope.org/download/Policy%20Spotlight%20Bayrou/Speech\\_by\\_Francois\\_Bayrou\\_Strategie\\_pour\\_une\\_Refondation\\_de\\_lEurope\\_8\\_March\\_2007.pdf](http://www.friendsofeurope.org/download/Policy%20Spotlight%20Bayrou/Speech_by_Francois_Bayrou_Strategie_pour_une_Refondation_de_lEurope_8_March_2007.pdf).

63% der Links-Wähler (PS, les Verts, PCF) den Text nicht unterstützen<sup>68</sup> - und sie deren Stimme in der zweiten Runde braucht. Über derartige Kalküle setzt sich Sarkozy mit der Ankündigung einer parlamentarischen Ratifizierung hinweg. Wenngleich seine Position als der schnellste Ausweg aus der jetzigen Krise erscheint, so bleibt die Frage, inwiefern er dieses Versprechen in seiner Rolle als Präsident halten würde, da er bereits einige eher unpopuläre Maßnahmen für den Beginn seiner Legislatur angekündigt hat. Zudem könnten ihm die neue Regierung und Parlamentsmehrheit Probleme damit bereiten.

### *Europapolitik in den Programmen*

Alle drei Kandidaten sprechen sich für eine weitere Integration aus, sei es durch die Vertiefung mancher Politikbereiche oder in die Harmonisierung der nationalen Rechtssysteme. Das Programm Bayrous, der gemeinhin als europafreundlicher und -proaktiver Politiker gesehen wird, erscheint im Vergleich mit den Inhalten von Sarkozy und Royal oberflächlicher und kurz zeichnend. Dies steht im Kontrast zu seinem in Reden gezeigten Willen, für Europa zu mobilisieren. [[Vielleicht ist dies aber auch andersherum zu verstehen: die Erwähnung mancher Politiken oder Reformen wird sicherlich bei einem Teil der Wähler Erwartungen wecken, die auf nationaler Ebene nicht erfüllt werden können. Das Versprechen Chiracs, in der letzten Kampagne die Mehrwertsteuer für die Restaurants von 19,5 auf 5,5% zu senken ist nicht nach der Wahl vergessen worden, und ist sodann ein der peinlichsten Momente der französischen Europapolitik geworden.]]

Die Wirtschaftspolitik nimmt eine zentrale Stelle in den Programmen von Sarkozy und Royal ein. Beide wollen die Statute der Europäische Zentralbank so ändern, dass sie neben der Inflationsbekämpfung auch stärker Wachstum und Arbeitsmärkte unterstütz. Sarkozy und Royal fordern zudem eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone, um „einen glaubwürdigen Dialog mit der EZB zu ermöglichen“<sup>69</sup>. Beide kritisieren den Stabilitäts- und Wachstumspakt und fordern eine weitere Änderung im Sinne einer „flexibleren“ Anwendung, sei es um die Konjunktur stärker zu berücksichtigen (Sarkozy), oder forschungs- und

---

<sup>68</sup> „Référendum : le Non des classes actives, des classes populaires et moyennes, et du peuple de gauche“, IPSOS Umfrage vom 29. 05.2005, <http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/articles/1545.asp>.

<sup>69</sup> Siehe Convention UMP [http://www.conventions-ump.org/site/upload\\_fichier/dossiers\\_conventions/dossier-europe.pdf](http://www.conventions-ump.org/site/upload_fichier/dossiers_conventions/dossier-europe.pdf) und Pacte présidentiel point 89,

innovationsorientierte Ausgaben aus dem Defizit herauszurechnen (Royal)<sup>70</sup>. Die PS will gleichzeitig den EU-Haushalt steigern, um Programme in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Transport und Industriepolitik zu stärken<sup>71</sup>. Konkrete Reformvorschläge gibt es jedoch nicht, und die Kandidaten halten sich insbesondere bezüglich der Frage, wie das 42,7 Mrd. € schwere EU-Agrar-Budget für 2007, dessen Hauptnutznießer Frankreich ist, künftig aussehen soll.

Beide Kandidaten fordern eine Harmonisierung der Steuerpolitik, um innereuropäischen Standortwettbewerb abzufedern. Wenn die Kandidaten sich für mehr Europa (oder zumindest nicht dagegen) aussprechen, unterstreichen sie stets, dass die europäische Integration nicht den Nationalstaat und das nationale Wirtschafts- und Sozialmodell aushöhlen dürfte, sondern es im Gegenteil schützen müsse.<sup>72</sup> In diesem Zusammenhang wird Europa häufig als „Festung“ gegen die Globalisierung dargestellt. Sarkozy hat den Begriff der Gemeinschaftspräferenz geprägt: bei Investitions-, Standort-, Kaufentscheidungen europäisch gehandelt werden. Damit wandelt er Le Pens Konzept der „*préférence nationale*“ ab. Diese Positionierung ist angesichts seines früheren Handelns, als er als Finanzminister französische Industrieinteressen gegen europäische Partner verteidigte, nur bedingt glaubwürdig: Er hat wiederholt verhindert, dass europäische Unternehmenszusammenschlüsse zu starken europäischen Playern führen, und statt dessen stets den europäischen Alleingang unterstützt.

Auch die PS beschäftigt sich eingehend mit der „wirtschaftlichen Sicherheit“ in der EU. Sie schlägt vor, die Außenzölle zu erhöhen, um Instrumente zu schaffen, „die es erlauben, die europäische Industrie und ihre Zukunft vor außereuropäischen Verlagerungen der Produktionsstätten [zu schützen]“<sup>73</sup>.

In Bezug auf künftige EU-Erweiterungen nehmen die drei Hauptkandidaten eine restriktive Haltung ein. Die UDF spricht sogar von der Möglichkeit des Zerfalls („*délitement*“<sup>74</sup>) der Union in diesem Kontext. UMP und UDF äußern sich explizit gegen den Beitritt der Türkei. Die PS will, „dass [man] sich auf die Analyse der

---

<sup>70</sup> Projet socialiste, S. 29.

<sup>71</sup> Ibid.

<sup>72</sup> Abrufbar unter [http://www.latribune.fr/info/Le-projet-de-Nicolas-Sarkozy-candidat-a-l-election-presidentielle-1-~-ID17D401AB925D71A2C12572AC004970F7-\\$Db=Tribune/Articles.nsf](http://www.latribune.fr/info/Le-projet-de-Nicolas-Sarkozy-candidat-a-l-election-presidentielle-1-~-ID17D401AB925D71A2C12572AC004970F7-$Db=Tribune/Articles.nsf).

<sup>73</sup> Projet socialiste, S. 29 „Il faut mettre en œuvre des instruments capables de mieux protéger l'industrie européenne et son avenir notamment contre les délocalisations extra-européennes. Cette exigence appelle un renforcement du tarif extérieur commun. Enfin, nous devons être à l'origine d'un projet fiscal fondé au départ sur la détermination de règles d'harmonisation entre les pays de la zone euro“.

<sup>74</sup> Avant projet législatif de l'UDF, S. 31.

jetzigen Kandidaten begrenzt“. In ihrem während der Kampagne veröffentlichten Buch<sup>75</sup> spricht sich Royal moderat für einen Beitritt der Türkei aus.

Die Programme der Kandidaten sind aus europäischer Sicht weder innovativ noch sehr weitreichend. Als einzige Ausnahme kann die klare Befürwortung einer weiteren Integration im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gelten. Während dies vor einigen Jahren in UMP- oder PS-Programm noch undenkbar gewesen wäre, scheint der Irakkrieg die Forderung nach einem integrierten europäischen Vorgehen in Frankreich sehr gestärkt zu haben.

Ähnlich wie Jacques Chirac dies 2002 mit dem Versprechen, die Mehrwertsteuer in der Gastronomie auf fünf Prozent abzusenken, tat, greifen auch die Kandidaten 2007 auf Vorschläge zurück, deren Durchsetzbarkeit in der EU-27 bei weitem nicht als realistisch eingeschätzt werden kann (z.B. Änderung der EZB-Statuten). Damit ist die Bedeutung etwa des populistischen EZB-bashings auf den ersten Blick relativiert. Doch birgt das Vorgehen der Kandidaten die Gefahr in sich, dass innerhalb der französischen Bevölkerung Erwartungen geweckt werden, die dann nicht realisiert werden, weil „Brüssel nicht mitmacht“ (wie im Falle der Chiracschen Mehrwertsteuersenkung). Im sensiblen Fall der EZB kann zudem die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik nachhaltig leiden, und der konstruktive Dialog mit den EWU-Partnerstaaten über die Weiterentwicklung der Währungsunion deutlich erschwert werden.

### *Die Debatte um die nationale Identität auch europapolitisch potentiell katastrophal*

Die starke Betonung von Konzeption wie Nation, Schutz, Abgrenzung und die restriktive Haltung zur Öffnung Frankreichs etwa für Einwanderer haben zu einem öffentlichen Diskurs in Frankreich geführt, der nicht nur Ängste der Bürger aufgreift, sondern auch das Gefühl der Bedrohung und den Hang zur Abschottung stärken mag, sollte er nach den Wahlen beibehalten werden. Das Stimulieren dieses Gefühls könnte eine Angst vor der Außenwelt stark verstärken und die Bereitschaft zur Integration (weiter) beeinträchtigen – insbesondere dann, wenn die EU eben nicht die von den Kandidaten hochgespielten Vorhaben erfüllt.

In keinem Fall hat der Wahlkampf 2002 dazu beigetragen, der Bevölkerung ein realistischeres Europabild zu vermitteln. Die Darstellung der EU schwankt zwischen

---

<sup>75</sup>« Le livre de campagne de Ségolène Royal“ Le Monde vom 24. 03. 2007.



der Illusion, ein „Europe à la française“ zu gestalten (Sarkozy/Royal) und dem Drohbild, dass die EU den Nationalstaat und seine Identität kaputt mache (Le Pen). Die europapolitischen Vorschläge der Kandidaten greifen zudem nur in sehr geringem Maße die Gründe auf, die 2005 zur Ablehnung des Verfassungsvertrags geführt haben. Der Wahlkampf ist also in Bezug auf ein mögliches künftiges Verfassungsreferendum als eher schlechte Grundlage für einen erfolgreicherem Referendumswahlkampf zu bewerten.

#### IV. Wie ernst ist das Projekt der VI. Republik zu nehmen?

*Leiden alle französischen Politiker unter dem Iznogoud<sup>76</sup> Syndrom?*

Die vier wichtigsten Kandidaten der Präsidentschaftswahl 2007 sind sich in den Hauptpunkten einer Reform der Verfassung von 1958 einig: Sie alle wollen die Rechte des Parlaments stärken und die Kompetenzen des Staatspräsidenten begrenzen. Nicht alle sprechen jedoch von einer VI. Republik. Jean-Marie Le Pen war der erste der jetzigen Kandidaten, der bereits 1995 eine neue Verfassung forderte. Von einer grundlegenden Reform des institutionellen Gefüges war damals jedoch nicht die Rede. Die Verfassungsänderung sollte vielmehr dazu dienen, manche Grundsätze des Front National (insbesondere die den Vorrang für Franzosen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und Sozialhilfe) den obersten Rang in der Normenhierarchie zu geben. Im Wahlkampf 2007 zog Ségolène Royal dieses Thema groß. Nicolas Sarkozy hingegen äußerte sich kritisch gegenüber der Idee einer VI. Republik. Einer der Gründe ist sicherlich, dass er im politischen Erbe de Gaulles und Chiracs steht, und die Kritik am bestehenden politischen Machtgefüge von einer Kritik an de Gaulle und Chirac, die als Staatspräsidenten von ihm profitierten, nur schwer zu trennen ist.

#### *Verfassungstext vs. Verfassungspraxis*

Die V. Republik mit ihrer Verfassung von 1958 wird nur dann verstanden, wenn neben der geschriebenen Verfassung auch die praktizierte Verfassungsrealität

---

<sup>76</sup> Iznogoud ist eine französische Komikheftfigur der „Kalif anstatt des Kalifs“ werden möchte. Das Iznogoud-Syndrom bezeichnet im französischen die Streben nach dem Platz des Chefs, in der Hoffnung, sein Benehmen nachahmen zu können.

gesehen wird. Laut Verfassungstext, und trotz einer sehr starken Begrenzung der Kompetenzen des Parlaments (keine Kontrolle über die Tagesordnung, nur die in der Verfassung ausdrücklich aufgeführten Sachgebiete können durch Gesetz geregelt werden, vertikale Beziehung der einzelnen Abgeordneten zu der Exekutive aufgrund der Parteidisziplin), war die Machtverteilung für das Parlament günstiger als es sich in der Realität heute darstellt. Das institutionelle Gleichgewicht wurde 1962 (Direktwahl des Präsidenten) und aufgrund der Person de Gaulles neu definiert. Obwohl in der Verfassung (Artikel 20 und 21) vorgesehen ist, dass die Regierung die politischen Leitlinien entwickelt und für seine Durchsetzung zuständig ist, hat sich aus der Praxis ein „Präsidentialisierung“ des Systems entwickelt. Die Praxis der „domaines réservés“<sup>77</sup> ist auf de Gaulles Amtsausfüllung zurückzuführen, und nicht auf die Verfassung. Diese sieht nämlich vor, dass, obwohl der Präsident „Chef der Armeen“ ist, die Zuständigkeit der Verteidigungspolitik dem Premierminister obliegt. Was die außenpolitischen Kompetenzen angeht, sieht die Verfassung nur vor, dass der Präsident die Botschafter akkreditiert (Artikel 14) und die internationalen Verträge ratifiziert. In der Praxis hat das Konzept der domaines réservés dazu geführt, dass der Präsident praktisch die Außenpolitik führt.

Dies hat die Opposition immer sehr kritisch gesehen, insbesondere die linken Parteien (die zwischen 1958 und 1981 (Wahl Mitterrands) immer in der Opposition waren). Die Kritik konzentrierte sich auf die Funktion des Präsidenten, der „unverantwortlich“<sup>78</sup> ist, obwohl er meistens Leiter der stärksten Partei ist (wodurch er aufgrund der Parteidisziplin einen sehr starken Einfluss auf das Parlament hat) und weitgehende Befugnisse besitzt (die sich de facto nicht auf die so genannten "domaines réservés" begrenzen). Eine der stärksten Kritiken kam von Francois Mitterrand mit seinem Buch „Der ständige Staatsstreich“<sup>79</sup>. Doch diese Kritik der PS verlor an Überzeugungskraft, als sich herausstellte, dass sich auch Mitterrand als Präsident gut in seiner Funktion des „republikanische Monarchen“ zurechtfind.

---

<sup>77</sup> Begriff der von Jacques Chaban-Delmas, damaliger Präsident der Assemblée Nationale, erfunden wurde um einen Konflikt zwischen De Gaulle und seiner Partei (Union Nationale pour la République) zu verhindern.

<sup>78</sup> Diese Unverantwortlichkeit gab es schon in der III. und IV. Republik, und war vor dem Erscheinen der „domaines réservés“ und der Direktwahl des Präsidenten in der V. Republik nachvollziehbar. Das einzige Verfahren, das in der Verfassung vorgesehen ist, betrifft den Fall des Hochverrates, der aber nicht definiert ist. Aus der Praxis hat sich auch ergeben, dass keine politische Verantwortlichkeit sich aus einer Wahlniederlage ergibt (mit der wichtigen Ausnahme des gescheiterten Referendums von 1969). Was die „klassischen Straftaten“ angeht, hat sich aus der Rechtsprechung der Cour de Cassation ergeben, dass der Präsident nicht vor ordentliche Gerichte verfolgt werden kann. Somit ist der Staatsoberhaupt, abgesehen vom Hochverrat sowohl politisch als auch strafrechtlich nicht angreifbar.

<sup>79</sup> Mitterrand François, „Le coup d’Etat permanent“ , Plon 1964, 273 S.

Unter anderem aus diesem Grunde wird hinterfragt, ob es von einem Präsidenten überhaupt erwartet werden kann, dass er den nötigen Impuls für eine derartige Reform geben kann, oder will. Zudem stellt sich die Frage, ob die Bevölkerung das Parlament überhaupt stärken will. Grund hierfür sind die Erfahrungen mit der Cohabitation – also dem Fall, dass Präsident und Regierung von unterschiedlichen Parteien gestellt werden. Im Falle einer Cohabitation wird die Exekutive durch die Regierung, die dem Parlament verantwortlich ist, und nicht mehr durch den Präsidenten repräsentiert. Dies stellte einerseits eine Entfernung von sonst de facto bestehenden „präsidialistischen System<sup>80</sup>“ (système présidentieliste) dar und näherte die Realität an die Verfassungsvorgaben wieder an. Allerdings lehnt ein großer Teil der Bevölkerung die Cohabitation ab, da das politische Zusammenspiel zweier Parteien in der Exekutive und Legislative zu Blockaden geführt haben. Die Bevölkerung sieht in der Cohabitation eine Schwächung der Exekutive<sup>81</sup>.

### *Vorschläge einer neuen Generation*

Die Generationswechsel in der französischen Politik wird an den Forderungen zur Verfassungsänderung besonders deutlich. Es zeichnet sich zwar keine fundamentale Revolution des institutionellen Gefüges ab (sowohl der zentralistische Charakter des Verwaltungsapparates als auch die Dominanz der Exekutive aufgrund der starken Kontrolle der Abgeordneten durch die Parteiapparate bleiben mit sehr großer Sicherheit bestehen). Doch ein Konsens darüber, dass das Parlament gestärkt werden sollte, wäre früher unwahrscheinlich gewesen. Würden die in den Programmen der Präsidentschaftskandidaten vorgesehenen Reformen durchgesetzt werden, würde sich das französische politische System den deutschen etwas annähern. Bei tieferer Betrachtung wird aber schnell deutlich, dass diese Annäherung auch nur minimal werden würde. Bayrou, Royal und Sarkozy sind sich einig, dass das Problem die Konzentration der Kompetenzen in den Händen des Präsidenten ist, ohne dass dieser politisch zur Verantwortung gezogen werden kann. Trotzdem setzt sich keiner von

---

<sup>80</sup> Cohendet Marie-Anne, „Réflexions sur la cohabitation française“, Conférence a Taipei, décembre 2005.

<sup>81</sup> TNS-Sofres vom 11/12.06.2002 über die Begründung der Enthaltung an den Legislativwahlen. Für 16% (1. Begründungsfaktor) sollte dies eine neue Cohabitation hindern ([http://www.tns-sofres.com/etudes/pol/140602\\_abstentionnistes\\_r.htm](http://www.tns-sofres.com/etudes/pol/140602_abstentionnistes_r.htm)). Laut IFOP Umfrage erklären 61% der Befragten dass sie es bevorzugen würden wenn „ der Präsident und der Premierminister aus der selben politischen Familie stammen, weil es besser den Geist unserer Institutionen entspricht“. <http://www.ifop.com/europe/sondages/opinionf/electleg.asp>.

ihnen für eine weitgehende Beschränkung der Kompetenzen des Präsidenten ein, etwa durch eine Abschaffung der Direktwahl des Präsidenten, durch die faktische Abschaffung der „domaines réservés“, oder durch die Möglichkeit, eines Misstrauensvotum des Parlaments gegen den Präsidenten.

Sarkozy und Royal wollen seine Kompetenzen nur leicht beschränken (im Bereich der Ernennung der hohen Beamten und Richter und durch die Beschränkung der Amtszeiten des Präsidenten auf höchstens zwei). Sie fordern auch eine Reform des strafrechtlichen Status des Präsidenten, wobei die Parti Socialiste zudem ein Absetzungsverfahren vorsieht<sup>82</sup>. Parallel zu diesen Maßnahmen soll das Parlament gestärkt werden, sei es durch die Steigerung der ihm zu Verfügung gestellten Mitteln (Einzelheiten sind nicht genannt worden) zur Kontrolle der Gesetzesvollzugs<sup>83</sup>, durch die Abschaffung des Artikel 49 Abs. 3 der Verfassung (Verfahren, wodurch die Regierung einen Gesetzestext vorschlägt, der als angenommen gilt, es sei denn, ein Misstrauensantrag gegen die Regierung wird eingebracht, wegen seiner Effizienz von Verfassungsrechtlern auch „Dicke Bertha“ genannt), oder durch Abschaffung der so genannten „blockierten Wahl“ (Artikel 44 Abs. 3, der besagt, dass die Regierung die Möglichkeit hat, einen Gesetzesentwurf vorzuschlagen und dabei Änderungsvorschläge im vorhinein ablehnt)<sup>84</sup>.

In diesem Bereich nimmt Bayrou die entgegengesetzte Position an, indem er sich für eine Ausdehnung der Kompetenzen des Präsidenten ausspricht. Er möchte aus dem Premierminister einen Koordinator der vom Präsidenten entwickelten Politik machen. Die Politik soll nicht mehr von der Regierung, sondern vom Präsidenten gestaltet und geleitet werden. Als Gegengewicht wünscht sich die UDF, dass der Präsident sein Amt niederlegt, wenn er eine politische Niederlage erleidet, ohne diese juristisch zu definieren. In solch einem politischen System könnte allerdings das Risiko bestehen, dass die Politikverdrossenheit sehr stark wächst. Sobald die Regierung nur noch für die Durchsetzung der Entscheidungen des Präsidenten zuständig ist, ist die Verantwortung für einen Misserfolg des Versagens allein bei dem Präsidenten. Die „Sicherungsfunktion“ des Premierministers (Dieser Begriff ist in Frankreich üblich für folgende politische Erfahrung: sobald die politische Spannung zwischen Exekutive und Bevölkerung unerträglich wird, „fliegt

---

<sup>82</sup> Projet socialiste S. 22.

<sup>83</sup> Projet législatif UMP S. 14.

<sup>84</sup> Projet socialiste S. 22, wo es auch vorgesehen ist dass die Kontrolle der Tagesordnung zwischen Parlament und Regierung geteilt wird.

er“) würde abhanden kommen. Unzufriedenheiten jeder Art würden sich auf den Präsidenten konzentrieren.

Neben der Erweiterung seiner Kompetenzen soll auch die Legitimität des Parlaments gesteigert werden. Dies soll durch die Einführung *Proporzwahl* geschehene, dank derer auch kleinere Parteien, die keine Direktkandidaten ins Parlament bringen, im ihm vertreten wären. Die UMP<sup>85</sup> sieht dies für den Senat vor, die PS<sup>86</sup> und die UDF sehen es für Nationalversammlung und Senat vor, wobei Bayrou dieses Wahlverfahren für 50 % der Sitze einführen möchte. Die Einführung der Proporzwahl würde mit einige Wahrscheinlichkeit auch dem FN den Einzug in die Nationalversammlung erlauben. Keiner der Kandidaten hat dieses Thema explizit aufgegriffen. Sarkozy nahm implizit Stellung, indem er behauptete, er wolle Le Pen nicht aus dem politischen Leben ausgrenzen, sondern ihn bekämpfen (Argument zur Begründung seiner Unterstützung<sup>87</sup> des rechtsextremen Politiker als dieser sich um die für die Kandidatur nötigen 500 Unterschriften bemühte, um an der Wahl zum Präsident teilnehmen zu können).

Ein weiterer bemerkenswerter Fortschritt („Revolution“ so der Verfassungsrechtler Schöttl<sup>88</sup>) im Bereich des Verfassungsrecht ist die von den drei Kandidaten geforderte Möglichkeit, dass die Bürger den Verfassungsgerichtshof anrufen. Bisher war eine verfassungsrechtliche Kontrolle nur vor dem Inkrafttreten eines Gesetzes möglich. In der Rechtsprechung „Etat d´urgence en Nouvelle-Calédonie<sup>89</sup>“ ist zwar auch ermöglicht worden, dass eine Kontrolle einsetzt, nachdem ein Gesetz in Kraft getreten ist. Dies geht aber unter sehr restriktiven Bedingungen. Diese Rechtsprechung hat bisher nur sehr begrenzte Folgen gehabt<sup>90</sup>. Die angekündigte Zulassung von Verfassungsbeschwerden könnte hingegen zu einer gewissen Annäherung des französischen an das deutsche Rechtssystem führen.

*Keine maßgeblicher Umbruch zu erwarten*

---

<sup>85</sup> Projet législatif UMP S. 14, Abrufbar unter <http://www.ump-legislatives2007.fr>.

<sup>86</sup> Projet socialiste S. 22.

<sup>87</sup> Nicolas Sarkozy am 06.03.2007 auf France3 *«La démocratie ne doit pas être confisquée par un petit nombre de gens, [...] je me battraï pour que M. Besancenot comme M. Le Pen puissent défendre leurs idées»*.

<sup>88</sup> „La place du Conseil dans la démocratie française“, Entretien avec Monsieur Jean-Éric Schöttl“, April 2003 <http://www.conseil-constitutionnel.fr/divers/documents/entretiensg.htm>.

<sup>89</sup> Entscheidung n° 85-187 DC des Conseil Constitutionnel vom 25.01.1985.

<sup>90</sup> Siehe unter anderem Charlot Patrick, Connetable Fabien „Le Titre XIII ou le droit saisi par la politique“, , Revue d´Actualité Juridique Française des 29. Juni 1999, [www.rajf.org](http://www.rajf.org).

Es wird zwar viel über die Verfassungsreformen diskutiert, doch ein großer Umbruch im Institutionengefüge dürfte trotz der Ankündigung einer VI. Republik nicht stattfinden. Wirkliche Verfassungsreformen haben bisher nur nach geschichtlichen Brüchen (zuletzt 1958 nach der Staatskrise infolge des Putsches französischer Streitkräfte in Algerien) stattgefunden. Ähnliche Rahmenbedingungen sind 2007 zunächst jedoch nicht absehbar.

Seit längere Zeit wird der Übergang zu einer neuen Republik diskutiert (sei es durch den Rapport Vedel von 1993<sup>91</sup>, oder durch die Aktivitäten der Convention pour une sixième République<sup>92</sup>). Durch Ségolène Royal hat das Thema erstmals eine breite Präsenz in einem Wahlkampf bekommen. Für sie war die Wahl dieses Themas ein Weg, Francois Bayrou etwas entgegen zu halten. Sie wollte den Wahlschlager des „Anti-System“ Kandidaten überbieten, indem sie die diskutierte Verfassungsreform als ein neues System dargestellt hat. Dass die von ihr gemachten Vorschläge (die allerdings weit hinter denen der Convention pour la Sixième République zurückstehen) einen Fortschritt darstellen würden, ist nicht zu leugnen. Es wäre jedoch übertrieben hierin wirksame Maßnahmen zu sehen, die der Eliten- und Systemverdrossenheit der Bürger entgegen wirken würden.

---

<sup>91</sup> „Rapport du comité consultatif pour la révision de la Constitution“, Journal Officiel vom 16.02.1993 <http://mjp.univ-perp.fr/france/vedel1993.pdf>.

<sup>92</sup> Obgleich Convention verfassungsgebende Versammlung heißt, verbirgt sich hinter diesem Namen kein großes Gremium im klassischen Sinne, sondern eine PS-nahe Vereinigung, die sich um Arnaud Montebourg (PS-Politiker aus dem linken Parteienflügel und in der Kampagne einer der Sprecher von Royal) gegründet hat. Die Convention setzt sich für eine Stärkung des Parlamentarismus ein.

## V. Portraits der Kandidaten

### *Ségolène Royal, Kandidatin der Parti Socialiste*

Der politischen Werdegang Ségolène Royals (53 Jahre) ist für französische Verhältnisse geradezu klassisch. Nach Sciences Po Paris absolvierte sie gemeinsam mit Francois Hollande (ihr Lebensgefährte und derzeit Vorsitzender der PS) die Ecole Nationale d'Administration. Danach trat sie in das Generalsekretariat der Präsidentschaft unter Mitterrand ein. 1988 wurde sie erstmals in die Nationalversammlung gewählt. 1992 wurde sie Umweltministerin, 1997 Staatsministerin zuständig zunächst für Bildungspolitik und ab 2000 für Familienpolitik. Ihren größten politischen Erfolg erzielte sie 2004, als sie die Präsidentschaft der Region Poitou-Charentes eroberte, ein Amt das bis 2002 der damalige Premierminister Jean-Pierre Raffarin inne hatte (und das er als Regierungschef aufgeben musste).

Wie Sarkozy in der UMP gehört Royal einer neuen Generation von Führungspolitikern an. Obwohl ihre politische Karriere schon Anfang der 80er Jahre begann, ist es ihr gelungen, eine gewisse Erneuerung (sowohl des Politikstils als der Person) innerhalb der PS zu verkörpern. So wird sie heute nicht zu den „Elefanten“<sup>93</sup> der PS gezählt.

Obwohl sie auch innerhalb der Partei dafür kritisiert wurde, dass ihr Erfahrung fehle, und sie zu stark auf Personality statt auf Inhalte setze, konnte sie sich in den Primärwahlen innerhalb der PS gegen Dominique Strauss-Kahn<sup>94</sup> und Laurent Fabius<sup>95</sup> durchsetzen, mit 60,65% der abgegebenen Stimmen der PS-Mitglieder. Obwohl dieses Ergebnis lange im Voraus vorbereitet wurde (sie spielte schon 1995 mit dem Gedanken für die PS zu kandidieren<sup>96</sup>), hat es viele Beobachter überrascht, dass eine Sozialistin, die kein „wichtigeres Ministeramt“ oder parteipolitische Verantwortung übernommen hatte, zum Parteikandidatin werden konnte<sup>97</sup>. Immer

---

<sup>93</sup> So werden in Frankreich die wichtigsten Politiker innerhalb der Parti Socialiste genannt.

<sup>94</sup> ehemaliger Wirtschafts- und Finanzminister in der Jospin-Regierung.

<sup>95</sup> ehemaliger Premierministers unter Mitterrand und Wirtschafts- und Finanzminister in der Jospin-Regierung.

<sup>96</sup> Remi Lefebvre „Ségolène Royal“, in « Présidentielles 2007 : qui choisir ? » Hrsg : Azoulay Yael, Perrineau Pascal und Teinturier Brice, 2007, S. 28.

<sup>97</sup> Siehe zum Beispiel Duhamel Alain, „Die Kandidatin mit dem Spiegel oder der Aufstieg von Ségolène Royal“, Europäische Rundschau Januar 2007, Jahrgang 35, S.49.

wieder musste sie auch während der heißen Phase der Kampagne auf Kritik an ihrer Unerfahrenheit und an peinlichen inhaltlichen Fehlern reagieren.

Inhaltlich schockierte sie im Präsidentschaftswahlkampf mit einigen Ideen Stammwähler der Linken (etwa mit dem Vorschlag geschlossener Erziehungsstrukturen<sup>98</sup> für jugendliche Straftäter oder der Idee, jede Familie solle am Nationalfeiertag eine Tricolore aus dem Fenster hängen). Lehrer verschreckte sie mit einem im Internet publizierten Video eines Treffens in Angers, bei dem sie forderte, dass Lehrer 35 Stunden in der Woche in der Schule anwesend sein sollten.

Die Profilierungstaktik Royals beruht allerdings nicht nur auf der Aneignung von Ideen, die bisher als PS-fremd angesehen wurden. Auch in der Kommunikationsmethode unterscheidet sie sich von den anderen Kandidaten, sowohl unter den Sozialisten (vor ihrer Nominierung) als auch im Präsidentschaftswahlkampf. Wie es ein in Frankreich bekannter politischer Journalist<sup>99</sup> erklärt, „hat sie (für den parteiinternen Wahlgang) die Regeln [...] der repräsentativen Demokratie umgangen, um erstmals den Weg der Meinungsdemokratie einzuschlagen“. Während des PS-internen Auswahlverfahrens richtete sie ihre Kampagne nicht allein an den Parteimitgliedern (alleinige Wahlberechtigte) aus, sondern an der gesamten Bevölkerung. Dadurch umging sie im Grunde das von der Partei erdachte Verfahren und stärkte ihre parteiinterne Position dadurch, dass sie durch Umfragen gestützt, als „Kandidatin der Franzosen“ erschien. Die Popularität der beiden anderen Kandidaten, die sich wie bisher üblich auf eine parteiinterne Kampagne konzentrierten, war in der Bevölkerung viel niedriger als die Royals. Die Parteimitglieder wählten Royal mit der Begründung, sie habe die besseren Chancen den Präsidentschaftswahlkampf zu gewinnen.

Zudem versuchte Royal schon während des PS-internen Verfahrens, durch neue Methoden die Erwartungen der Bevölkerung zu erfassen und wiederzugeben, angeblich um die Kluft zwischen „Volk“ und „Elite“ zu reduzieren. Ihre Behauptung, „die Bürger [seien] die besten Experten, für dem was sie betrifft<sup>100</sup>“ brachte ihr jedoch den Vorwurf des Populismus<sup>101</sup> ein. Sie setzte ihre „partizipative Debatten“<sup>102</sup> jedoch fort, zumal die Bevölkerung Interesse daran zeigte. UMP und UDF griffen das

---

<sup>98</sup> Nach ihrem ursprünglichen, inzwischen revidierten Vorschlag sollten diese Anstalten als „Ersatzgefängnis“ für Minderjährige dienen, und zwar unter der Kontrolle der Armee.

<sup>99</sup> Duhamel A., S.50.

<sup>100</sup> „Ségolène Royal défend la méthode des débats participatifs“, Le Monde Vom 22 .01.2007.

<sup>101</sup> „Madame Royal et la démocratie d’opinion“, Le Monde Vom 01.11.2006.

<sup>102</sup> Es wurden bis zum 11. Februar 5000 Debatten organisiert. Jeder durfte daran teilnehmen und daraus sollte Royals Wahlprogramm entstehen.



Prinzip auf, wenngleich sie bei weitem weniger darüber kommunizierten. Keine der Parteien gab zudem darüber Aufschluss, inwiefern die Bürgerbeteiligung tatsächlich in die Programmformulierung Eingang fand.

Als Ségolène Royal schließlich nach einer Serie von Bürgerdebatten und Internetdiskussionen ihr Programm veröffentlichte, zeigten sich viele Beobachter enttäuscht von dem Ergebnis. Das 100-Punkte-Programm erschien wenig innovativ, der Aufbruch, der erwartet wurde, war nicht erkennbar. Im Laufe der Kampagne sorgte sie eher durch spontane Äußerungen (meist in Reaktion auf Vorschläge anderer Kandidaten) für Aufregung und Debatten. Mehrmals während der Kampagne sah sie sich gezwungen, auf von anderen gesetzte Themen zu reagieren (mit der Tricoloren-Idee reagierte sie auf das Sakozy'sche Immigrations- und Identitätsministerium). Die inhaltliche Sprunghaftigkeit und die immer wieder in der Presse breit diskutierte Spannungen innerhalb der PS versuchte sie zu kompensieren durch regelmäßige Personality-Stories, die ihr breite Medienpräsenz verschafften. Mit der starken Personalisierung und dem starken Zurückdrängen der Partei aus dem Wahlkampf trieb sie bekannte Trends in der französischen Wahlkampfführung auf eine neue Stufe.

### *Nicolas Sarkozy, Kandidat der Union pour un Mouvement Populaire*

Nicolas Sarkozy (52 Jahre) spaltet wie kein anderer Kandidat die Bevölkerung. Wie Jean-Marie Le Pen ist er ein Kandidat geworden, von dem sehr viele denken, dass er auf keinen Fall Präsident werden soll (nach dem Motto „tout sauf Sarkozy“). Mit liberalen Reformankündigungen, harten Law-and-Order-Thesen, bissiger Ausgrenzungsrhetorik und sichtbarem Machtwillen sorgt er für starke Opposition im linken Lager – aber auch rechts, in der eigenen Partei UMP, deren Parteivorsitzender er seit 2004 ist.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahren hätte niemand vorhersehen können, dass Sarkozy einmal Kandidat der Rechtspartei für das Präsidentenamt werden könnte. Seine Karriere begann zwar zunächst steil und schnell (Mitglied des Vorstand der RPR<sup>103</sup> mit 21, Bürgermeister von Neuilly mit 28, Haushaltsminister und Sprecher der Balladur-Regierung mit 38). Sarkozy hatte drei Mentoren<sup>104</sup>:

---

<sup>103</sup> Vorläufer der UMP.

<sup>104</sup> O'Mahoni „Portrait politique“ in « Présidence 2007 : qui choisir ? » Hrsg : Azoulay Yael, Perrineau Pascal und Teinturier Brice, 2007, S. 41.

Charles Pasqua<sup>105</sup>, Jacques Chirac und Edouard Balladur<sup>106</sup>. Die Entscheidung, Balladur 1995 gegen Chirac zu unterstützen, kostete ihn jedoch sein Ministeramt in der Juppé-Regierung. Darauf hin folgte die Niederlage der von ihm geführte Liste in der Europawahl 1999. Er war daraufhin gezwungen bis zu den Wahlen 2002 zu warten, um innerhalb der RPR wieder akzeptiert zu werden.

In der Regierung von Jean-Pierre Raffarin bekam er das Innenministerium, das aufgrund der Bedeutung der inneren Sicherheit im vorangegangenen Wahlkampf besonders wichtig geworden war. Er nutzt diese Position entschieden, um sich selbst in die Öffentlichkeit zu bringen und an Ansehen zu gewinnen. Nach dem Wahldebakel der UMP bei den Regionalwahlen 2004 wurde er Wirtschafts- und Finanzminister. Nachdem er 2004 gegen den eigentlichen Willen von Chirac zum Vorsitzenden der UMP gewählt worden, zwang in dieser, als Minister zurück zu treten. Die Entscheidung gegen das Ministeramt und für die Parteiführung kann auf den ersten Blick erstaunlich wirken, doch erklärt sie sich aufgrund der Finanzierungsregeln des politischen Lebens innerhalb Frankreichs, nach denen den Kandidaten der großen Parteien wesentlich höhere öffentliche Zuschüsse für den Wahlkampf zugebilligt werden. Nach Chiracs Niederlage im Referendum zum Verfassungsvertrag sah sich dieser gezwungen, Sarkozy wieder in der Regierung als Innenministers aufzunehmen. Damit hatte dieser beides: den Parteivorsitz und ein überaus prominentes Ministeramt, aus dem heraus er seine Einwirkungsmöglichkeiten auf staatliche Strukturen, Medien, Meinungsforschungsinstitute etc. ausbauen konnte.

Während Sarkozys Energie und Entschiedenheit von vielen anerkannt wird, spaltet er gleichzeitig seine Beobachter durch seinen oft brutalen Stil. 2005 erklärte er als Innenminister in den Banlieues, er werde die dortige Bevölkerung von dem „Gesindel“ (racaille) befreien<sup>107</sup>. Er wurde zudem für einige Themen, die er aufbrachte, stark kritisiert, wie zum Beispiel die Finanzierung von Moscheen durch öffentliche Gelder<sup>108</sup> oder die Annäherung an die Vereinigten Staaten im Bereich der Außenpolitik<sup>109</sup>. Sein rechtslastigen Vorschläge, mit denen er versuchte,

---

<sup>105</sup> Ehemaliger Innenminister in der Balladur-Regierung, von 1993 bis 1995, und vorher in der Chirac-Regierung von 1986 bis 1988.

<sup>106</sup> Ehemaliger Premierminister unter der zweiten Kohabitation der Mitterrand-Präsidentschaft, von 1993 bis 1995.

<sup>107</sup> Äußerung vom 25.10.2006 in Argenteuil.

<sup>108</sup> „La loi de 1905 est un monument“, La Croix vom 04. 04.2007.

<sup>109</sup> Äußerung vom 12.09.2006.

Wählerstimmen von Le Pen zu ergattern, schockierten sogar eingefleischte Stammwähler der UMP.

### *Jean-Marie Le Pen, Kandidat des Front National*

Der Rechtsradikale und Front National-Chef Jean-Marie Le Pen (78 Jahre) wird im Ausland oft weniger extremistisch eingeschätzt, als er seinen Positionen nach ist. Grund ist möglicherweise, dass es bisher keine andere rechtsextreme Partei in Europa geschafft hat, sich so weit rechts zu positionieren und dabei die zweitstärkste politische Macht in einem nationalen Wahlkampf zu werden, nämlich bei den Präsidentschaftswahlen 2002. Äußerungen wie zum Beispiel,

- dass man Aidskranke in Lager einschließen sollte, weil sie für die Bevölkerung eine Gefahr darstellen<sup>110</sup>,
- dass nicht alle Rassen gleich seien<sup>111</sup>,
- dass die Gaskammern ein „Detail der Geschichte“ des Zweiten Weltkriegs seien<sup>112</sup>,
- dass es bedauerlich sei, dass Frankreichs Präsident Chirac offiziell die Mitschuld am Holocaust anerkannt habe<sup>113</sup> oder,
- dass die Todesstrafe wieder eingeführt werden sollte<sup>114</sup>,

hätten in anderen Länder für eine deutliche Ausgrenzung und Ablehnung durch die Wähler gesorgt. Dass dies in Frankreich nicht so ist, führen manche auf die rechtsextreme Tradition des Landes zurück<sup>115</sup>, andere sehen darin eher eine Auswirkung der Politikverdrossenheit oder der allgemeinen Ausländerfeindlichkeit des Landes. Schließlich wird darauf hingewiesen, dass Le Pen seine Rhetorik schon in den Wahlen 2002 von rassistischen und antisemitischen Äußerungen weitgehend frei machte, und somit gerade für jüngere Wähler, die ihn nicht schon vor Jahren erlebten, eine wählbare, geradezu väterliche, Alternative wurde.

Jean-Marie Le Pen ist die zentrale Figur der rechtsextremen Geschichte der Nachkriegszeit. Nachdem er an den Kolonialkriegen teilgenommen hatten

---

<sup>110</sup> 6. Mai 1987, auf dem Sender Antenne 2.

<sup>111</sup> Wiederholung der Äußerung der Sommer Universität des Front National an dem Radiosender Europe 1 am 09.09.1996.

<sup>112</sup> 13.09.1987, während dem Grand Jury/RTL/Le Monde.

<sup>113</sup> In der Zeitung Le Parisien vom 15. 04.2007.

<sup>114</sup> Siehe den Programm des Front National für dies Wahl, in dem Teil Sicherheit und Justiz.

<sup>115</sup> Siehe Zeev Sternhell (2000) « Ni droite, ni gauche. L'idéologie fasciste en France" (1983), Éditions Complexe, S. 539.

(Indochina und Algerien), wurde er in den 1950er Jahren zum ersten Mal ins Parlament gewählt als er Poujade<sup>116</sup> unterstützte. Der FN wurde erst in den 1980er Jahren bekannt, obwohl er schon Anfang der 1970er gegründet wurde. 1983 wurde Le Pen in das Stadtparlament von Paris gewählt, 1984 zog er in das Europaparlament ein. 1986, bekam er dank der Einführung der Proporzahlen einen Sitz in der Nationalversammlung. Diese Karriere, und ganz besonders seine Präsenz im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002 (16,18% der Stimmen im ersten Wahlgang), haben seine Legitimität in den Augen weiter Teile der Bevölkerung sehr gestärkt.

Durch seine konstante Präsenz auf der politischen Bühne Frankreichs werden einige Themen von der Bevölkerung in erster Linie mit Le Pen identifiziert. Die betraf zunächst 2002 Fragen der inneren Sicherheit, 2007 sind dies eher Themen der Immigration und der nationalen Identität. Alle dieses Themen besetzt Le Pen seit den 1970er Jahren. Hinzu kommt eine soziale Komponente, die er seit den 1980er Jahren<sup>117</sup> stark betont. Er stellt sich als Erfinder eines nationalistischen dritten Weges in der Sozialpolitik dar.

Durch seine umstrittene Positionen (und die Resonanz, die diese in der Bevölkerung finden), zwingt er die anderen Kandidaten dazu, sich zu den gleichen Themen zu positionieren – ohne dass er als Agendasetter in den Hintergrund tritt. Die immer stärkere Präsenz seiner Tochter Marine bei seinen Wahlkampfauftritten hilft ihm, an Glaubwürdigkeit zu gewinnen, denn Marine Le Pen trägt allein durch ihre Person zur „Normalisierung“ des Ansehens der Partei viel bei.

Im Wahlkampf 2002 hat der rechtsextreme Kandidat versucht, als „Mitte-Rechtskandidat“ zu erscheinen (unter anderem indem er versucht hat, Stimmen von Franzosen der zweiten oder dritten Generation von Einwanderern zu bekommen. Hier geriet er in direkten Konflikt mit dem UMP-Kandidaten Sarkozy, der seinerseits versucht, potenzielle Front National-Wähler anzusprechen.

### *François Bayrou, Kandidat der Union pour la Démocratie Française (UDF)*

François Bayrou (55-Jahre) gilt als der überraschende dritte Mann im Wahlkampf 2007, dem wie Sarkozy und Royal im Wahlkampf Chancen auf das Präsidentenamt

---

<sup>116</sup> Steuerverweigerer mit antisemitischen Äußerungen und Verteidiger des französischen Kolonialismus.

<sup>117</sup> Ivaldi Gilles, « Le parti en quelques mots », in « Présidentielles 2007 : qui choisir ? » Hrsg : Azoulay Yael, Perrineau Pascal und Teinturier Brice, 2007, S. 252.

voraus gesagt wurden. 2002 noch konnte er nur 6,8% der Stimmen auf sich vereinen – 2002 aber erscheint er als Erneuerungskraft im politischen Spektrum.

Zwischen den zwei Wahlgängen der Präsidentschaftswahl von 2002 entschied er sich gegen den Beitritt der UDF zu der von Chirac entwickelten bürgerlichen Sammlungspartei Union pour une Majorité Présidentielle (inzwischen Union pour un Mouvement Populaire). Nach den Parlamentswahlen im Juni 2002 beteiligte sich die UDF aber an der Regierungsbildung. Dies hielt die UDF nicht davon ab, sich unter Bayrous Leitung rasch von der UMP zu distanzieren. Bei der Europawahl 2004 stellte die Partei ihre eigene Liste auf, nachdem sie an der Parlamentsabstimmung für den Haushalt von 2003 nicht teilgenommen hatte. Der Bruch<sup>118</sup> mit der UMP erfolgte endgültig im Herbst 2005, als die UDF gegen das Haushaltsgesetz stimmte und ein paar Monate später an der Seite der Opposition am 16. Mai 2006 dem Misstrauensvotum zustimmte – und dies gegen eine Regierung, in der der Erziehungsminister (Gilles de Robien) UDF-Mitglied ist.

Aufgrund des Zusammenschlusses der rechten Parteien Frankreichs und der Annäherung der PS an das politische Zentrum, unter anderem aufgrund der Stärke der linksextremen Parteien, musste die UDF sich neu positionieren. Leicht abweichend von dem liberalen Kurs, den er am Anfang der Legislaturperiode verteidigte<sup>119</sup>, versuchte Bayrou, sich zwischen Rechts und Links zu platzieren. Während des Wahlkampfs kündigte er an, er wäre als Präsident bereit, einen sozialistischen Premierminister zu ernennen<sup>120</sup>. Seine gesamte Strategie im Wahlkampf basierte auf dieser Idee der parteiübergreifender Kooperation. So konnte Bayrou davon ablenken, dass er, wohl wegen der geringen Größe seiner Partei und der dadurch beschränkten Wahlkampf, ein weniger komplettes Programm vorlegte und weniger namhafte Politiker als mögliche Minister in seinem Umfeld.

Sein wichtigstes Abgrenzungsmerkmal in Wahlkampf war seine Positionierung als „Anti-System-Kandidat“ – ohne dabei in Extremismus zu verfallen wie Le Pen. Obwohl die UDF ursprünglich von Valerie Giscard d’Estaing gegründet wurde, und obwohl Bayrou neben seiner Tätigkeit als Parteivorsitzender seit 1986 auch Abgeordneter ist und von 1994 bis 1997 Erziehungsminister unter Chirac war, hat er sich erfolgreich als „Newcomer“ in der Pariser Politikwelt positioniert. Dies

---

<sup>118</sup> „Le député Bayrou a manié son vote pour exister depuis 2002“, Le Monde, 21.03.2007.

<sup>119</sup> *ibid.* sei es bei der Abstimmung über das Gesetz des 17.03.2003 über Gehälter und Beschäftigung, zur Änderung der 35 Stunden-Woche

<sup>120</sup> Äußerung auf France 3 am 18.02.2007

gelang ihm durch eine starke Kritik daran, dass die Medien<sup>121</sup> in ausschlossen und sich hauptsächlich auf die etablierten Kandidaten konzentrieren würden (eine Kritik, die die Medien dann selbst aufgriffen – und konterten, in dem Bayrou plötzlich überall präsent war) und durch seine Ankündigung, sich über alte Rechts-Links-Schemata hinwegzusetzen. Beides zusammen erlaubte es ihm, enttäuschte Wähler der beiden anderen großen Parteien an sich zu ziehen. Er entspricht dem klassischen französischen Wunsch nach einem „Homme providentiel“ (dem „unerhofften Mensch“), jemand, der außerhalb des parteipolitischen Systems neue Lösungen und Ideen einbringt. Sein Ansatz wurde weit über die UDF hinaus unterstützt, etwa von ehemaligen PS-nahen hohen Beamten<sup>122</sup>, durch die Stellungnahme wichtiger Politiker wie Daniel Cohn-Bendit, Dominique Strauss-Kahn, Michel Rocard oder Bernard Kouchner für die linke Seite, und durch die Unterstützung mancher UMP-Minister wie Azouz Begag oder François Goulard.

Trotz dieser Unterstützung bleibt bei Bayrou eine Schwäche: es wäre im Falle seines Wahlsiegs unwahrscheinlich, dass er eine stabile Parlamentsmehrheit bekommen würde. Dies aber ist eine Priorität der Wähler, die weder eine Cohabitation noch parlamentarischen Instabilitäten wollen. Sollte er es in die zweite Runde schaffen, wäre dies die wichtigste Hürde für ihn, einen Wahlsieg gegen Sarkozy oder Ségolène Royal davon zu tragen.

---

<sup>121</sup> Interview TF1 vom 02.09.2007.

<sup>122</sup> Es handelt sich hier um zwei Gruppen, jeweils Gracques ou Spartacus genannt, wobei die erste Gruppe inzwischen nicht mehr anonym ist.

## Annex : Kurzfassung der Programme

|                                |    |
|--------------------------------|----|
| Wirtschaftspolitik.....        | 39 |
| Europapolitik .....            | 42 |
| Reform der Institutionen ..... | 44 |
| Einwanderung.....              | 46 |

## Wirtschaftspolitik

| BEREICH          | ROYAL  | SARKOZY  | BAYROU   |
|------------------|--|--|--|
| Arbeitsrecht     | <p>Abschaffung des „Contrat Nouvelle Embauche“, und „Vorrang“ des unbefristeten Arbeitsvertrages</p> <p>Anpassung in jedem Unternehmen an die Höhe der Sozialbeiträge je nach Dauer des Arbeitsvertrages und des Anteils an der unsicheren Stellen .</p> <p>Mit den Sozialpartnern die Bilanz der Durchsetzung der 35-Stundenwoche ziehen, und Verhandlungen öffnen um die Durchsetzung zu erweitern.</p> <p>Rückkehr zum vorherigen Gesetz über die Entlohnung die Obergrenze der Überstunden</p> | <p>Zusätzliche Sozialbeiträge für Überstunden abschaffen</p> <p>Schaffung eines einheitlichen unbefristeten Arbeitsvertrages</p> <p>Den Arbeitnehmern die es wünschen die Möglichkeit geben sich für ein Doppelstatus (Angestellter und selbständig) in deren Beziehung zu dem Arbeitgeber zu entscheiden</p>  | <p>Aus dem Arbeitsgesetzbuch ein Prinzipienkodex machen</p> <p>Gemeinsame Prinzipien eines universellen Arbeitsvertrags mit progressiven Rechten definieren. Vereinbarrungen erarbeiten um diesen Vertrag je nach Beruf anzupassen</p> <p>Schaffung einer neuen Überstundenregelung</p> <p>Erhöhung des Zusatzgehaltes für Überstunden auf 35% und gleichzeitig sie von den Sozialbeiträgen abziehen</p> |
| Arbeitslosigkeit | <p>Vereinheitlichung der Rechte der Arbeitssuchenden :<br/>garantiertes Basiseinkommen, Zusatzrente im Zusammenhang mit dem letzten Gehalt<br/>Schaffung einer einheitlichen öffentlichen Behörde, zuständig für Arbeitslosenbetreuung</p> <p>Schaffung eines aktivitätsabhängigen Solidaritätseinkommens (30% des Einkommens) für Sozialhilfeempfänger die</p>  | <p>Vollbeschäftigung erreichen</p> <p>Mit den Sozialpartnern die Versicherung „Gehalt und Rückkehr zur Arbeit“ einführen (Erhöhung des Arbeitslosen-Geldes, Erhöhung des Anreizes eine Arbeit zu finden)</p> <p>Fusion der Arbeitsagentur (ANPE) und der Behörde zuständig für Arbeitslosengeld (UNEDIC).</p> <p>Weiterbildung reformieren um die Umschulung zu vereinfachen</p> | <p>Eine Tätigkeit (in den Bereichen Sicherheit, Familienhilfe, Altenpflege usw. ...) einführen, als Gegenleistung zu jeder Zuwendung</p> <p>Jedem Unternehmen die Möglichkeit geben 2. Arbeitsplätze zu schaffen ohne dafür Beiträge zahlen zu müssen</p>  |

|                   |   |  |  |
|-------------------|---|--|--|
|                   | <p>eine neue Tätigkeit bekommen<br/>Die Ausbildung der Arbeitnehmer verbessern durch das Verfahren der Erwerbung der erworbenen Kenntnisse durch Erfahrung, die Anerkennung eines Rechtes zur Weiterbildung und der Umschulung umgekehrt proportional zu der Länge des Studiums</p> <p>Schaffung einer „beruflichen“ sozialen Sicherheit, vom Staat garantiert, die jedem Arbeitslosen einen Vertrag anbieten soll, der ein Einkommen das 90% des letzten Nettoeinkommens entspricht, eine Weiterbildung und eine personalisierte Hilfe in der Arbeitssuche vorsieht.</p> | <p>Verbot zwei Arbeitsangebote die die Qualifikationen des Arbeitslosen entsprechen abzulehnen</p>   |  |
| Einkommenspolitik | <p>Den gesetzlichen Mindestlohn auf 1500 € brutto so früh wie möglich in der Legislaturperiode erhöhen</p> <p>Erhöhung der Kaufkraft im öffentlichen Dienst</p> <p>Regulierung der Bankgebühren durch den Staat und setzen einer Obergrenze.</p> <p>Der Staat soll eine universelle Basisdienstleistung im Banksektor übernehmen, die Darlehen mit sozialen Charakter und Mikrokredite unterstützt</p>  | <p>Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital erhöhen</p> <p>Sozialbeiträge für Überstunden abschaffen</p>   | <p>Das Gehalt soll einen größeren Anteil der Arbeitskosten die ein Unternehmen trägt ausmachen</p> <p>„Befreiung“ der Überstunden.</p> <p>Erhöhung des Zusatzgehaltess für überstunden auf 35% und gleichzeitig sie von den Sozialbeiträgen abziehen</p> |
| Gewerkschaften    | <p>Promovierung des Massensyndikalismus durch öffentliche Finanzierung und systematische Information über Gewerkschaftsrecht und Beitrittsmodalitäten.</p> <p>Steuergutschrift der Beitrittsgelder.</p> <p>Entwicklung der Kollektivverhandlungen auf allen Ebenen und Themen.</p>  | <p>Vor jeder wichtigen Reform, eine Anhörung der Gewerkschaften und Berufsverbände durch den Staat.</p> <p>Die Diskussionszeit soll 4 bis 6 Monate dauern. Falls kein Ergebnis erarbeitet wird, entscheidet der Gesetzgeber.</p> <p>Die Regeln der Repräsentativität der Gewerkschaften sollen</p> | <p>Ein « Beitrittssyndikalismus soll gefördert werden.</p> <p>In der Verfassung, die Pflicht der Anhörung der Sozialpartner vor jeder Reform des Arbeitsrechts einfügen.</p> <p>Unterstützung der Gewerkschaften durch öffentliche Gelder.</p>           |



|                                      |   |  |   |
|--------------------------------------|---|--|---|
|                                      |   | geändert werden und auf einem Wahlverfahren beruhen.<br><br>Nach 8-tägigem Streik soll eine anonyme Abstimmung eingeführt werden.  |   |
| Maßnahmen zu Gunsten der Unternehmen | Durch Gesetze und Steuerreformen die Entwicklung der Unternehmen fördern.<br><br>Unterstützung der KMU mit der Schaffung von öffentlichen regionalen Beteiligungsfonds und Vorbehalt eines Anteils der öffentlichen Auftragsvergaben.<br><br>Änderung des Verhältnisses zwischen Zulieferer und Hauptunternehmen um die Arbeitnehmer zu schützen.<br><br>Schaffung einer nationalen Wiederindustrialisierungs-Agentur um Standortsverlagerungen zu reduzieren.<br><br>Erteilung öffentliche Beihilfen mit dem Versprechen eines Kündigungsschutz (solange das Unternehmen „relevante“ Profite registriert) und der Rückzahlung im Falle einer Standortverlagerung verknüpfen. | Schaffung einer Unternehmenssteuer mit einem niedrigeren Unternehmens-Steuersatz für Unternehmen mit weniger als 50 Angestellte einführen wenn ein Beteiligungssystem der Arbeitnehmer eingeführt wird<br><br>Einen Anteil der öffentlichen Auftragsvergaben und Forschungskredite für KMUs vorbehalten. | Jedem Unternehmen die Möglichkeit geben zwei Arbeitsplätze schaffen ohne dafür Sozialabgaben zahlen zu müssen.<br><br>Fiskalische Maßnahmen zum Schutz der Unternehmen (keine weiteren Erklärungen)<br><br>Einen Anteil der öffentlichen Auftragsvergaben und öffentliche Forschungskredite für KMUs bewahren.<br><br>Unternehmensgründungen von Arbeitslosen unterstützen. |
| Öffentliche Ausgaben                 | Staatsausgaben senken   | Die öffentliche Verschuldung bis 2012 auf 60% des BIP reduzieren.<br><br>In der Verfassung die goldene Regel der öffentlichen Ausgaben einfügen (ein Defizit nur erlauben, wenn es der Höhe der Investitionen entspricht)  | Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts verfassungsmäßig verankern, es sei denn man befindet sich in einer rezessiven Phase<br><br>Innerhalb von drei Jahren kein Defizit mehr machen.  |
| Steuersystem, Privatpersonen         | Die Entlastung der Sozialbeiträge zugunsten der Erhöhung der niedrigen Gehälter revidieren.<br><br>Die Steuergrundlage der Einkommenssteuer   | Maximale Besteuerungslast auf 50 % des Einkommens senken und sowohl die CSG (zur Finanzierung der Sozialversicherung) als auch die CRDS (zur Rückzahlung der sozialen Verschuldung)  | Eine Karbonsteuer einführen<br><br>Keine Erhöhung der Steuerlast<br><br>Abschaffung der Erbschaftssteuer für einen  |

|                           |  |   |   |
|---------------------------|--|---|---|
|                           | <p>vereinheitlichen, und sie erweitern.</p> <p>Sonderregelungen im Steuerrecht abschaffen.</p> <p>Die Steuerreduktion von 2002 für höhere Gehälter revidieren</p> <p>Die Begrenzung der Besteuerung des Einkommens abschaffen</p>  | <p>in die Berechnung einbeziehen.</p> <p>Das Steuersystem soll neu organisiert werden und Werte wie Arbeit, Familie und Risikobereitschaft widerspiegeln.</p> <p>In der Verfassung eine Obergrenze für die Steuerlast einführen</p> <p>Die Vermögenssteuer, wenn sie auf einen Hauptwohnsitz zurückzuführen ist, soll reduziert werden</p> <p>90% der Erben sollen von der Erbschaftsteuer befreit werden</p>                           | <p>Erbwert von bis zu 200 000 Euro</p> <p>Patente, die von Forschern abgegeben werden, von der Einkommenssteuer befreien.</p>   |
| Steuersystem, Unternehmen | <p>Die Unternehmenssteuer soll von der Anwendung der Erträge abhängig sein (niedrig für Unternehmen die damit Investitionen tätigen und höher falls die Erträge zur Zahlung von Dividenden dienen).</p> <p>Öffentliche Beihilfen nur nach dem Versprechen eines Kündigungsschutz (so lange das Unternehmen „relevante“ Profite registriert) und der Rückzahlung im Falle einer Standortverlagerung erteilen.</p> <p>Höhe der öffentliche Beihilfen und der Entlastungen der Sozialbeiträge je nach der Art der im Unternehmen angewandten Arbeitsverträge anpassen</p> | <p>Die Unternehmenssteuer soll progressiv auf 15% gesenkt und Grundlage der innerhalb der Union harmonisiert werden</p> <p>Die Entlastung der Sozialbeiträge soll geringer sein wenn die Profite zu hoch erscheinen, im Vergleich zu den Lohnerhöhungen.</p> <p>Schaffung einer Unternehmenssteuer mit einem niedrigeren Satz für Unternehmen unter 50 Angestellte in denen ein Beteiligungssystem der Arbeitnehmer eingeführt wird</p> | <p>Sozialabgaben für Arbeitgeber und Beschäftigte sollen von einer sozialen Mehrwertsteuer oder durch die CSG ersetzt werde</p> |

## Europapolitik

| BEREICH  | ROYAL  | SARKOZY   | BAYROU  |
|--|--|---|---|
| Zukunft des Verfassungsvertrages und institutionelles Gefüge | Annahme eines Vertrages mit einer „sozialen Komponente“ durch Referendum | Annahme eines vereinfachten Vertrages durch parlamentarische Ratifizierung. | Annahme eines vereinfachten Vertrages durch Referendum<br><br>Das |

|   |   |  |   |
|---|---|--|---|
|   | <p>Erhöhung des europäischen Haushaltes um mehr für Forschung, Innovation, Transport, Infrastruktur, Industriepolitik und Programme in den neuen Mitgliedstaaten auszugeben</p> <p>Grenzen der Union definieren</p> <p>Ländern, die sich außerhalb davon befinden, soll eine strategische Partnerschaft angeboten werden</p> <p>Einheitliche der Vertretung der Union in den internationalen Finanzorganisationen</p>   | <p>Der Vertrag soll folgendes vorsehen: stabile Präsidentschaft der EU, Schaffung eines Außenministeramts, Erweiterung des Anwendungsbereich der qualifizierten Mehrheit und der Mitentscheidung</p> <p>Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente im europäischen Integrationsprozess</p> <p>Die französische Präsenz in den EU-Institutionen soll erhöht werden.</p>   | <p>Mitentscheidungsverfahren soll in allen Kompetenzbereichen der Union angewendet werden.</p> <p>Abschaffung der Einstimmigkeit</p> <p>Die Ratspräsidentschaft soll auf 18 Monate verlängert werden</p> <p>Die nationalen Parlamente sollen auf europäischer Ebene eine wichtigere Rolle spielen</p> |
| Beitritt und Erweiterung  | Die Erweiterung soll sich auf bereits verhandelnden Kandidaten beschränken  | <p>Die Türkei soll nicht Mitgliedstaat werden, sondern ein strategischer Partner</p> <p>Es soll keine weiteren Beitritte geben, solange die Institutionen nicht reformiert worden sind</p>   | Den Türkeibeitritt ablehnen und ihr ein Kooperations-Abkommen anbieten.   |
| EZB-Reform, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Ordnungspolitik, Eurozone, Wachstums- und Stabilitätspakt | <p>Vollbeschäftigung als Ziel der EZB hinzufügen</p> <p>Importierte Güter sollen soziale Maßstäbe respektieren und umweltfreundlich hergestellt sein. Die Außenzölle sollen erhöht werden</p> <p>Annahme einer Richtlinie über die öffentliche Daseinsvorsorge im wirtschaftlichen Bereich. Anerkennung des besonderen Status</p> <p>Harmonisierung des Steuerrechts, Konvergenz der Fiskalpolitiken</p> <p>Änderung des Wachstums- und Stabilitätspaktes</p> <p>Keine Einbeziehung der Ausgaben im Bereich</p> | <p>Wachstum/Beschäftigung als Ziel der EZB hinzufügen</p> <p>Schaffung einer Regierung der Eurozone, Koordinierung der Wirtschaftspolitik und größere Einflussnahme auf den Wechselkurs</p> <p>Annahme und Durchsetzung einer „Gemeinschaftspräferenz“ um die Position europäischer Unternehmen zu konsolidieren und sie im internationalen Wettbewerb zu stärken</p> <p>Reform der europäischen Wettbewerbspolitik, damit „europäische Champions“ entstehen</p> <p>Keine Strukturfondsmittel mehr an Länder die Steuer-, Sozial- oder</p> | Bewahrung der Unabhängigkeit der EZB  |

|              |  |  |   |
|--------------|--|--|---|
|              | Forschung und Innovation hinsichtlich der Maastricht Kriterien   | Umweltdumping betreiben, auszahlen<br><br>Anerkennung und Schutz auf europäischer Ebene der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Länder, die es möchten      |   |
| Einwanderung |  | Ein „Schengen“ der Sicherheit, des Kampfes gegen den Terrorismus und gegen die organisierte Kriminalität einführen   |   |
| GASP         | Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungspolitik, mit einer europäischen Rüstungsagentur. Frankreich, Deutschland und Großbritannien als Motor der GASP | Entwicklung einer Europäischen Verteidigungsunion, mit einer gerechten Beteiligung aller Mitgliedstaaten und einem Rabatt für Frankreich und Großbritannien, als Ausgleich zu deren größeren Implikation | Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion |

## Reform der Institutionen

| BEREICH                                  | ROYAL  | SARKOZY   | BAYROU  |
|--|--|---|---|
| Allgemeine Aspekte der Verfassungsreform | Übergang zu einer VI. Republik   |   | Übergang zu einer VI. Republik<br><br>Gewährleistung eines Gleichgewichts der Gewalten:<br>Verantwortlichkeit des Präsidenten vor einem Parlament, das gleichzeitig Gesetzgeber ist<br><br>Unabhängigkeit der Judikativen gewährleisten |
| Neue Rechte für die Bürger               | Einführung einer bürgerlichen Gesetzesinitiative, wenn ein Antrag von einer Million Einwohner aus 30 Départements unterschrieben wird<br><br>Möglichkeit für die Bürger den Verfassungsgerichtshof | Möglichkeit für die Bürger den Verfassungsgerichtshof während eines Gerichtsverfahrens anzurufen.<br><br>Einführung eines bürgerlichen Initiativrechts (Aufforderung des Parlaments, legislativ tätig | Möglichkeit für die Bürger den Verfassungshof und manche Regulierungsbehörden anzurufen.  |

|           |  |  |  |
|-----------|--|--|--|
|           | anzurufen.<br><br>Neue Beteiligungsformen auf lokaler Ebene.   | zu werden)   |  |
| Wahlen    | Ausländer die seit mehr als 5 Jahren in Frankreich leben dürfen an einer lokalen Wahlen teilnehmen<br><br>Harmonisierung der Amtszeiten auf 5 Jahren<br><br>Erteilung eines Teil der Sitze der Nationalversammlung nach Proporzwahl und Änderung des Wahlverfahren für den Senat<br><br>Abschaffung der öffentlichen Finanzierung der Parteien die das Geschlechtsgleichberechtigungsgesetz nicht respektieren | Erhöhung der öffentlichen Finanzierung für die Parteien die das Geschlechtsgleichberechtigungsgesetz respektieren  | Einführung der Proporzwahl im Parlament für 50% der Sitze mit einem Schwellenwert von 5%   |
| Präsident | Abschaffung seines Vorsitzes im obersten Justizrat.<br><br>Abschaffung der seines Ernennungsrecht für die Mitglieder des Verfassungsgericht<br><br>Reform seines strafrechtlichen Status   | Möglichkeit für den Präsidenten vor der Nationalversammlung zu erscheinen<br><br>Nominierungsbefugnisse reduzieren zugunsten des Parlaments<br><br>Strafrechtlichen Status des Präsidenten erläutern<br><br>60 Abgeordnete oder Senatoren sollen die Möglichkeit haben, einen Untersuchungsausschuss herbei zu rufen | Der Präsident setzt die politischen Ziele fest und achtet auf deren Durchsetzung<br><br>Wenn der Präsident eine politische Niederlage erleidet, soll er Rücktreten   |
| Parlament | Anerkennung seiner Kompetenz das Gesetz zu bewerten<br><br>Verbesserung des Status der Opposition<br><br>Abschaffung der blockierten Abstimmung und des Verfahren der Annahme ohne Abstimmung<br><br>Der Vorsitz des Finanzausschusses wird  | Dem Parlament werden die nötigen Mitteln zur Kontrolle der Verwaltung und der öffentlichen Ausgaben erteilt<br><br>Besser Beteiligung in der Regierungsarbeit<br><br>Das Parlament kann Gesetzesvorschläge dem Conseil d'Etat (oberstes Verwaltungsgericht) vorlegen   | Möglichkeit für das Parlament eine Referendum zu organisieren<br><br>Abschaffung der blockierten Abstimmung und des Verfahrens der Annahme ohne Abstimmung<br><br>Die Begrenzung der Debatten über Änderungsvorschläge soll abgeschafft werden<br><br>Bestimmung der |

|                                   |   |   |  |
|-----------------------------------|---|---|--|
|                                   | einem Abgeordneten der Opposition erteilt<br><br>Mitbestimmung der Tagesordnung   |   | Tagesordnung   |
| Außenbeziehungen und Verteidigung | Bessere Einbeziehung des Parlaments   | Im Bereich der Außenbeziehungen, dem Parlament die Möglichkeit geben Resolutionen anzunehmen<br><br>Im Bereich der Verteidigungspolitik soll der Präsident das Parlament vor jeden Außeneinsatz informieren |  |
| Senat                             | Abschaffung des Vetorechts bei Verfassungsreformen<br><br>Erteilung eines bestimmten Anteil der Sitze durch Proporzwahl | Erteilung eines bestimmten Anteil der Sitze durch Proporzwahl   | Erteilung eines bestimmten Anteil der Sitze durch Proporzwahl  |
| Nationalversammlung               | Erteilung eines bestimmten Anteil der Sitze durch Proporzwahl   |   | Erteilung eines bestimmten Anteil der Sitze durch Proporzwahl  |
| Regierung                         | Der Premierminister stellt sich vor seiner Ernennung ein Vertrauensvotum  | Die Ressortkompetenz wird in einem verfassungsausführenden Gesetz erläutert<br><br>Die Anzahl der Minister soll auf 15 begrenzt werden.   | Der Premierminister hat eine Koordinierungsrolle<br><br>Die Regierung ist für die Durchsetzung der vom Präsident entschiedenen Politik zuständig |
| Verfassungsgericht                | Ernennung der Mitglieder durch das Parlament mit einer 2/3 Mehrheit<br><br>Anrufung durch die Bürger ermöglichen        |   | Anrufung durch die Bürger ermöglichen  |

## Einwanderung

| BEREICH               | ROYAL   | SARKOZY   | BAYROU   |
|-----------------------|---|---|--|
| Gesetzliche Maßnahmen | Außer Kraft setzen der „Sarkozy Gesetze“ (Maßnahmen zwischen 2002 und 2007)<br><br>Bleiberecht nach zehn Jahren | Die Politik der „ausgesuchten Einwanderung“ soll verfolgt und verschärft werden | Entwicklung einer gemeinsamen Visapolitik auf europäischer Ebene (Avant-projet de l'UDF) |

|                                   |  |   |   |
|-----------------------------------|--|---|---|
|                                   | <p>Anwesenheit einführen</p> <p>Respekt des Recht zur Familienzusammenführung gewährleisten</p> <p>Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Einzelfall nach folgenden Kriterien : Dauer der Anwesenheit in Frankreich, persönliche Verbindungen zu Frankreich, Schulung der Kinder und Aussicht einer Erwerbstätigkeit</p> <p>Neue Verhandlung auf europäischer Ebene über die Definition eines sicheren Staates (hinsichtlich Asylrecht)</p> <p>Ein Visum erteilen, womit das „Pendeln“ zwischen beide Länder ermöglicht werden soll</p> |   |   |
| Einwanderung und Außenbeziehungen | <p>Ein Partnerschaft mit dem Herkunftsland schaffen, die auf gegenseitige Entwicklung beruhen soll,</p> <p>Der Beitrag zum Haushalt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen soll erhöht werden</p>  | <p>Erarbeitung von Entwicklungsabkommen mit den Herkunftsländern</p> <p>Schaffung eines einheitlichen europäischen Netzwerkes zur Erteilung des Visums</p>  | Schaffung einer europäischen Visumpolitik |
| Illegale Einwanderung             | Entwicklung einer europäischen Grenzpolizei  | Stärkere Polizeianwesenheit in Grenzgebieten  |   |
| Kontrolle der Migrationströme     | Rationalisierung der Verwaltung, die für die Betreuung der Einwanderer zuständig ist   | <p>Steuerung der Migrationströme je nach Bedarf und Aufnahmemöglichkeit</p> <p>Anreize für Hochqualifizierte und die besten Studenten schaffen</p> <p>Steigerung der Effizienz der Rückführungsmaßnahmen</p> <p>Schaffung eines Ministeriums für Immigration und nationale Identität</p> <p>Breitere Anwendung der biometrischer Daten in Reisedokumenten</p> |   |

|             |   |  |  |
|-------------|---|--|--|
| Integration | <p>Wahlrecht auf lokaler Ebene nach fünf Jahren Anwesenheit in Frankreich</p> <p>Ein effektives Asylrecht gewährleisten</p> | <p>Gezielte Integrationspolitik für Frauen</p> <p>Verstärkung der Einkommens-, Wohnungs- und Sprachkriterien für die Familienzusammenführung und die Erteilung der französischen Staatsangehörigkeit</p> | <p>Schaffung eines Integrationsvertrages mit zwei Hauptpunkten: Sprache und gesellschaftlichen Werte</p> |
|-------------|---|--|--|